Ausgabe 6 • 2017 58. Jahrgang ISSN-Nr. 0945-6538

BDF aktuell

ZEITSCHRIFT FÜR FORSTLEUTE, FORSTPOLITIK UND WALD

■ Waldnaturschutz ■ DFWR-Jahrestagung ■ TEEB

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Tja, was schreibt man als Bundesvorsitzender der „Baumkahlschlagslobby“ seinen Mitgliedern an dieser Stelle? Sie alle werden ja die diffamierenden Worte der Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz Anja Siegesmund mitbekommen haben. Der BDF Thüringen hatte bereits in der letzten Ausgabe klar Stellung bezogen und ich kann die Empörung der Kolleginnen und Kollegen absolut nachvollziehen . Der Vorfall beschäftigt mich nach wie vor sehr stark. Denn die weit überwiegende Zahl der Forstleute reißt sich Tag für Tag den Allerwertesten auf, um die betrieblich oder politisch vereinbarten Ziele in unseren Wäldern umzusetzen. Und unser Handeln zeigt messbare Erfolge: Unsere Wälder sind älter, abwechslungs-, struktur- und vorratsreicher geworden. Der Begriff der Nachhaltigkeit ist im Forstbereich über 300 Jahre geprägt und stetig weiterentwickelt worden. Wenn ich nach vorn blicke, sehe ich nur den offenen Horizont. Wenn ich zurückblicke, sehe ich auf teils sehr große Distanz dagegen ganz viele andere Branchen, gesellschaftliche und politische Bereiche. Von daher ist es oft nur schwer nachvollziehbar, warum ausgerechnet der Klassenprimus kritisiert wird. Wobei Kritik natürlich erlaubt sein muss! Auch im Forstbereich passieren Fehler. Schließlich arbeiten dort Menschen. Das ist nicht der Punkt. Aber Kritik muss konstruktiv und darf keinesfalls pauschal und verunglimpfend sein. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen hatte sich kürzlich bezüglich einzelner schwerwiegender Verfehlungen in der Bundeswehr ebenfalls zu einer Pauschalkritik gegenüber „ihrer Truppe“ geäußert. Mir ist vollkommen bewusst, dass der Politikbetrieb kein Mädchenpensionat ist und nicht jedes vorschnell gesprochene Wort auf die Goldwaage gelegt werden darf. Aber die Bundesverteidigungsministerin hat nach einer kritischen Selbstreflexion schließlich die Größe gehabt, von ihrer Pauschalkritik abzurücken. Darauf warten wir bei der thüringischen Umweltministerin Anja Siegesmund bisher leider vergeblich. Beim 8. Nationalen Forum zur biologischen Vielfalt in Berlin Ende Januar dieses Jahres hatte ich sie noch auf der Bühne bei einer Podiumsdiskussion gesehen und gehört. Ziel war, den Dialog zwischen Waldbesitzern, Forstwirtschaft und Naturschutz zu stärken. Ministerin Siegesmund hat im Nachhinein betrachtet davon offenbar überhaupt nichts verstanden. Schade! So wird Politik leider nicht glaubwürdig und spielt den radikalen Kräften an den politischen Rändern in die Hände! Wenn die Umweltministerin nicht über ihren Schatten springen kann, dann sollte Ministerpräsident Bodo Ramelow klarstellen, für welchen Politikstil er und die Landesregierung stehen! Das ist er seinen Forstleuten schuldig!

Horrido!

Ihr

Ulrich Dohle

FORSTWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND
Vorausschauend aus Tradition

Titelfoto: Im Wald hat der Naturschutz einen hohen Stellenwert. Dies verdient die Wertschätzung der Gesellschaft und der Verantwortungsträger und auch eine Honorierung. Mehr dazu in diesem Heft. Foto: colourbox.de

Titelthema

Liegenschaftsverwaltung Bundesforst 3
Naturschutz im Landeswald 6
67. Jahrestagung DFWR 8
Naturkapitel Deutschland

Forstpolitik

Charta für Holz 2.0 12

Arbeitskreise/Vertretungen

Umgang mit Demenz 14

Aus den Ländern

Gemeinsam für Waldbesitzer und Wald 15
Interview mit Tobias Büchner 18
Öffentlichkeitsarbeit in Wald und Forst 19
Forstreform statt Funktionalreform 21
Exkursion in die Niederlausitz

Jahreshauptversammlung in Hessen 24
Interview mit Manfred Baum 26
Kein Deputatholz mehr für Ruheständler 27
Landesverbandstag Niedersachsen 28
Dr. Dr. Faber im Ruhestand 30
Personalratswahlen in RLP 31
BDF Sachsen pflanzt Lutherbaum 32
Wahlergebnisse BDF-Bundesforst 33

Personelles

Fritz Drewes verstorben 30
Freud und Leid 34

Spruch des Monats

Das einzige Mittel, Zeit zu haben, ist, sich Zeit zu nehmen.
Bertha Eckstein-Diener

find us on Facebook Mögen Sie den BDF? Dann besuchen Sie uns auf Facebook und „liken“ uns!

Liegenschaftsverwaltung bei Bundesforst

Die Sparte Bundesforst der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) betreut ein vielfältiges Flächenportfolio. Das gilt nicht nur für die teils sehr bemerkenswerte Naturausstattung dieser Flächen, sondern auch für die jeweiligen Zweckbestimmungen. Als umfassender Flächendienstleister gilt es für alle Beschäftigten, sich auf die spezifischen Ziele und Wünsche der Kunden einzustellen.

Bundesforst wird nach wie vor mit der Betreuung von Militärflächen in Zusammenhang gebracht. Das ist durchaus auch weiterhin das Kerngeschäft. Aber auch hier muss schon differenziert werden. Während bis zum Jahr 2004 die verschiedenen Bundesressorts Eigentümer ihrer Flächen waren, sind diese Flächen mit der Gründung der BImA und dem damit verbundenen einheitlichen Liegenschaftsmanagement (ELM) nach und nach in das Eigentum der BImA übergegangen. Diese Flächen sind den Nutzern nun gegen Entgelt zur Nutzung überlassen.

Militär ist nicht gleich Militär

Aber auch beim Militär gibt es bereits Unterschiede bei der Liegenschaftsbetreuung: Bei den ausländischen Streitkräften gibt es eine enge Zusammenarbeit der Sparte Bundesforst mit der Sparte Verwaltungsaufgaben (VA). Diese ist für den Liegenschaftsservice im Rahmen der Betreuungsverwaltung zuständig. Grundlage ist neben dem BImA-Errichtungsgesetz das NATO-Truppenstatut zuzüglich verschiedener Zusatzabkommen. Daher werden die Betreuungskosten in diesem Fall auch nicht in Rechnung gestellt, sondern sind quasi Ausgaben der gastgebenden Nation Deutschland für die Gesamtverteidigung. Eine Besonderheit im Aufgabenspektrum der Sparte VA sind übrigens die sogenannten Gemeindefreien Bezirke Lohheide und Osterheide in Niedersachsen, in denen die BImA Gemeindeverwaltung ist und kommunale Aufgaben wahrnimmt.

Auf den durch ausländische Streitkräfte genutzten Truppenübungsplätzen sind die Bundesforstbetriebe auch unmittelbar für die Betreuung des Freigeländes (Heideflächen, Gras- und Ödland, Moore, Gewässer) zuständig. Auf dem britischen Truppenübungsplatz Sennelager wird dazu zum Beispiel eine eigene Geländebetreuungsgruppe eingesetzt.

Bundeswehr

Bei der Bundeswehr erfolgt das Freigeländemanagement durch die zivile Wehrverwaltung. Die Bundeswehrdienstleistungszentren (früher Standortverwaltungen) halten dazu landwirtschaftliche Geländebetreuungsgruppen bereit. Die Jagd und das Wildmanagement sowie naturschutzfachliche Teilaspekte werden auch im Freigelände durch Bundesforst durchgeführt.

Die Aufgabenabgrenzung ist in den durch Bundesverteidigungs- und Bundesfinanzministerium abgestimmten Zentralen Dienstvorschriften geregelt. Kernaufgabe von Bundesforst ist ein funktionaler Waldbau, durch den dauerhaft die nutzerspezifischen Waldfunktionen sichergestellt werden müssen.

Kleingewässer, Hecken und Einzelbäume sorgen für Struktur

Hecken gliedern die Landschaft und vernetzen Lebensräume

Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Eine weitere Besonderheit im Betreuungsportfolio von Bundesforst sind die Flächen der Wasser-und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV). Auch hier gelten besondere nutzerspezifische Anforderungen zur Gewährleistung der Sicherheit und der Leichtigkeit des Schiffsverkehrs. Es handelt sich dabei um Waldflächen entlang der Bundeswasserstraßen. Das sind im Binnenland definierte natürliche Ströme und künstliche Wasserstraßen (Kanäle). Die Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht spielt hier naturgemäß eine herausragende Rolle. Im Gegensatz zu allen anderen Flächen im Eigentum des Bundes, die Bestandteil des ELM sind, nimmt die BImA hier ausnahmsweise nicht die Eigentümerfunktion der Flächen wahr, sondern die WSV selbst. Das liegt an der historisch begründetet eigenständigen grundgesetzlichen Regelung zur WSV.

Bundesstraßenverwaltung

Ein relativ neues und stetig wachsendes Geschäftsfeld von Bundesforst sind Dienstleistungen für die Bundesstraßenverwaltung. Wobei hier das Besondere ist, dass es eine Bundesstraßenverwaltung im eigentlichen Sinne noch gar nicht gibt. Eigentümerin der Verkehrsflächen von Bundesautobahnen und Bundesstraßen ist zwar der Bund. Im Rahmen der grund-

gesetzlichen Aufgabenverteilung wird die Verwaltung dieser Verkehrsflächen jedoch von den Straßenbehörden der Länder in sogenannter Auftragsverwaltung erledigt. Diese sind in jedem Bundesland anders organisiert. Von

Kopfweiden – ein beliebtes Element der Landschaftsgestaltung

der klassischen dreistufigen Straßenverwaltung über Landesbetriebe bis zu Anstalten des öffentlichen Rechts finden sich alle Organisationsformen. Ende 2016 wurde allerdings bei der Neuordnung der Bund-Länder-Beziehung beschlossen, eine Bundesfernstraßengesellschaft zu gründen und die Betreuung der Bundesfernstraßen zukünftig im Eigenvollzug des Bundes durchzuführen. Rechtsform und Details sind noch umstritten und stehen daher noch nicht fest. Aus Sicht der BImA könnte dieses Vorhaben jedoch die Dienstleistungen bei nun noch einem Ansprechpartner deutlich vereinfachen.

DEGES

Als Besonderheit im Straßenbauwesen gibt es auch noch die Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES). Diese wurde 1991 zur beschleunigten Umsetzung der sogenannten „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ (VDE) gegründet. Gesellschafter sind neben dem Bund die fünf jungen Bundesländer. Ziel war die Schaffung einer gemeinsamen Ressource für die Straßenbauverwaltungen zur raschen Verwirklichung der VDE-Straße. Dabei handelte es sich um die Planung und den Bau von rund 1.200 Kilometern Autobahn: rund 750 Kilometer Neubau und rund 450 Kilometer Erweiterung. Mittlerweile hat die DEGES auch noch weitere Straßenbauvorhaben in anderen Bundesländern übernommen.

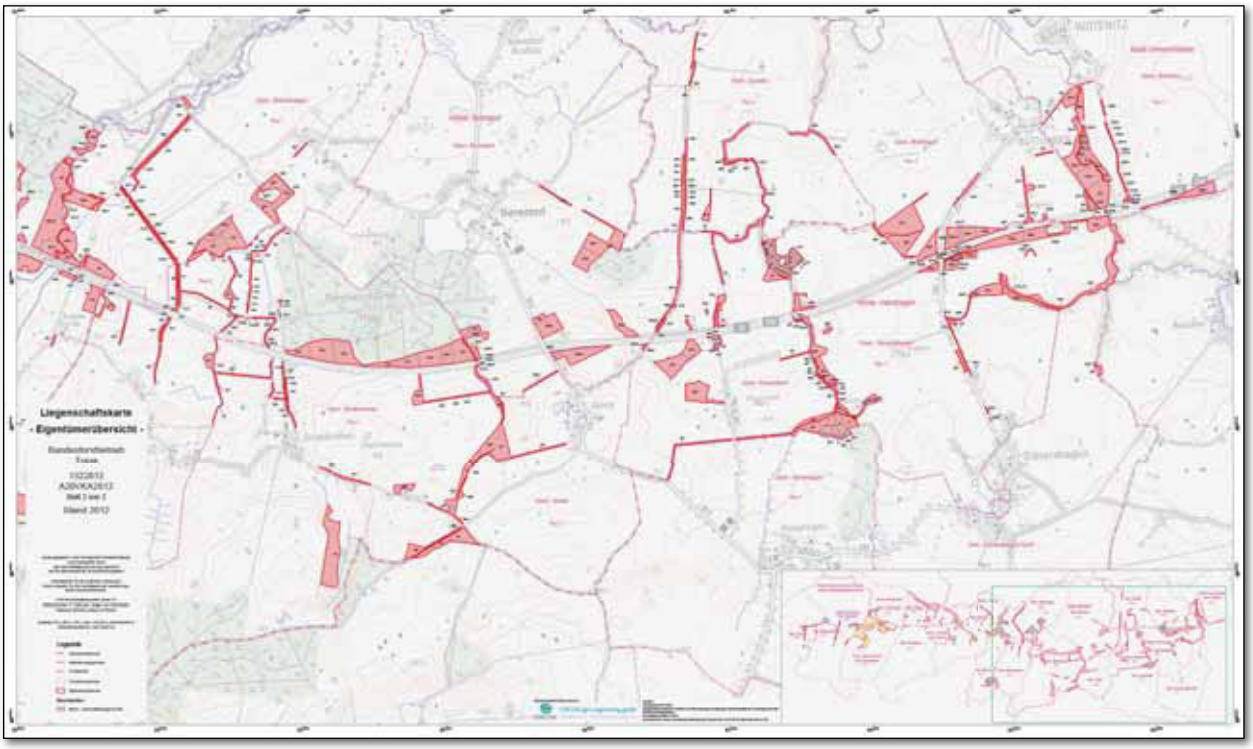
Kompensationsmaßnahmen

Haupttätigkeit von Bundesforst im Bereich des Straßenbaus ist die Durchführung von Kompensationsmaßnahmen für dadurch bedingte Eingriffe in die Natur und die Landschaft. Bei neuen Projekten kann das von der Planung über die Durchführung bis zur dauerhaften Pflege und Sicherstellung der Kompensation gehen. Speziell von der DEGES wurden aber auch sehr große Flächen ins Eigentum der BImA übernommen bzw. stehen noch zur Eigentumsübertragung an, bei denen die entsprechenden Maßnahmen schon durchgeführt wurden. Bei diesen meist trassenfernen Naturflächen übernimmt Bundesforst die langfristige Pflege und die Eigentümerfunktion. Oft sind solche Kompensationsmaßnahmen aber auch auf Flächen Dritter durchgeführt worden und durch Grunddienstbarkeiten dinglich gesichert. Dann beschränkt sich Bundesforst auf deren Pflege. Grundlage aller Kompensationsmaßnahmen sind neben dem Bundesnaturschutzgesetz die „Empfehlungen für die landschaftspflegerische Ausführung im Straßenbau (ELA)“ der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen. Das Flächenmosaik und deren Lage und Struktur im Gelände stellen die Bundesforstleute oftmals vor große Herausforderungen: Die Flächen sind oft aus naturschutzfachlichen Gründen sehr klein strukturiert. Es handelt sich weniger um Wald, sondern in erster Linie um Hecken, Sölle, Baumreihen, Einzelbäume (Kopfweiden), Kleinstgewässer und Dauergrünland (Feuchtwiesen, Weiden). Diese liegen häufig in der strukturarmen Agrarlandschaft und sind nur wenig bis gar nicht durch Zufahrtswege erschlossen und daher nur periodisch erreichbar. Der Einsatz von Dienstleistungsunternehmen ist wegen der unübersichtlichen Anzahl von Ansprechpartnern von benachbarten und daher zu beteiligenden Grundstückseigentümern sehr schwierig. Auch die Vielfalt von Pflegemaßnahmen und die weiträumige Erstreckung der Einsatzorte stoßen oft an die Grenzen des Vergaberechts. Die Bundesforstleute mit diesem Aufgabenspektrum zeichnen sich durch ein besonders hohes Organisationstalent aus. Für jede Kompensationsfläche sind die durchzuführenden Maßnahmen sehr detailliert geplant und als Bestandteil des Planfeststellungsverfahrens behördlich festgelegt. Mehrere Kompensationsflächen werden zu sogenannten Verkehrseinheiten (VKS) organisatorisch zusammengefasst.

Hilfsmittel

Im Rahmen der Liegenschaftsverwaltung und der flächengebundenen Dienstleistung bedient sich Bundesforst verschiedener technischer Hilfsmittel. Kernstück der forstbetrieblichen Verwaltung der unterschiedlichen Wirtschaftsbetriebe und Kunden ist nach wie vor das Dezentrale Informationssystem Forst (DIFO). Hier werden alle naturalen Daten und Zahlungsströme des Betriebsvollzugs abgebildet. Alle weiteren Zahlungsströme (z. B. Grundsteuer, Abgaben Abwasser- und Bodenverbände usw.) werden durch das für alle anderen Sparten der BImA maßgebliche BAsis- und Liegenschafts-Informations- und MAnagementsystem (BALIMA; Basis SAP R/3) erfasst und

Weidefläche in der Agrarsteppe



Beispiel einer sogenannten „Verkehrseinheit“ (VKE) mit einem Flächenmosaik an Kompensationsflächen (Abbildung: BImA Bundesforst)

verarbeitet. Zwischen DIFO und BALIMA besteht eine Schnittstelle, damit alle relevanten Daten für die Kosten- und Leistungsrechnung zur Verfügung stehen. DIFO wird vom Revierdienst bearbeitet und BALIMA vom Liegenschaftspersonal der Funktionsbereiche in den Bundesforstbetrieben.

Neben der IT-gestützten Buchführung des Wirtschaftsbetriebs ist für die flächengebundenen Dienstleistungen natürlich auch eine moderne Geodateninfrastruktur in der BImA erforderlich, da Raumbezüge in den Geschäftsprozessen der BImA (Flurstücke, Wirtschaftseinheiten, forstliche Unterflächen usw.) allgegenwärtig sind. Amtliche Geobasisdaten, wie z. B. Flurstückinformationen, unterstützen ein effektives und qualitatives Liegenschaftsmanagement. GIS-Funktionalitäten erlauben weiterführende, raumbezogene Analysen. Bei der GIS-Infrastruktur der Sparte Bundesforst (BImaps) werden integrierte Sachdaten aus den Fachinformationssystemen DIFO und BALIMA übernommen und für die Beschäftigten und Kunden dadurch visualisiert und verfügbar gemacht.

Nationales Naturerbe

Neben den bundeseigenen Flächen mit zentralstaatlicher Zweckbindung betreut Bundesforst seit einigen Jahren auch große Flächen des sogenannten Nationalen Naturerbes. Diese Flächen sind überwiegend im Eigentum von Naturschutzstiftungen und Naturschutzverbänden (Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Heinz-Sielmann-Stiftung, Stiftung David, WWF Deutschland u. v. a.) und der Naturschutzvorrang auf diesen Flächen ist eigentumsrechtlich gesichert.

Steuerkonzept

Für die verschiedenen Tätigkeitsfelder der BImA bestehen unterschiedliche Steuerpflichten. Im Rahmen des steuerlichen Gesamtkonzepts der BImA wurden alle Flächen verschiedenen Geschäftsbereichen zugeordnet: land- und forstwirtschaftlicher Betrieb, gewerbliche Dienstleistung, hoheitliche Dienstleistung und Vermögensverwaltung. Die unterschiedlichen steuerlichen Bereiche sind buchhalterisch getrennt.

Komplexe Aufgabe

Als Außenstehender könnte man meinen, die Liegenschaftsverwaltung der BImA-Sparte Bundesforst als „Bundesunternehmen aus einem Guss“ sei vergleichsweise einfach und anspruchslos. Wegen der Vielfalt der Liegenschaftsnutzer und deren Organisationsform sowie weiterer rechtlicher und organisatorischer Rahmenbedingungen ist das Gegenteil der Fall. Es handelt sich um eine sehr komplexe und anspruchsvolle Aufgabe, die militärisch taktisch als „Operation der verbundenen Kräfte“ bezeichnet werden könnte. Dieser Beitrag soll einen vereinfachten Einblick dahin geben. ■ *U. D.*

Mobilität ist Trumpf: Die Autobahn als Arbeitsplatz ist für einige Bundesforstleute nicht ungewöhnlich

find us on
Facebook

Mögen Sie den BDF?
Dann besuchen Sie uns auf Facebook und „liken“ uns!

Rückgrat des Waldnaturschutzes vor Ort – Försterinnen und Förster

Abschlussworkshop zum Forschungs- und Entwicklungsvorhaben „Naturschutz im Landeswald“

Am 2. März 2017 trafen sich Vertreter aus Politik, Verwaltung, Forstbetrieben und Verbänden zum Abschlussworkshop des F+E-Vorhabens „Naturschutz im Landeswald“ bei der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt in Göttingen. Das Vorhaben ist gefördert vom Bundesamt für Naturschutz.

Projektpartner sind die Unis Freiburg und Frankfurt/Main, das European Forst Institute sowie die NW-FVA.

Gemeinsamkeiten überwiegen

Den Präsentationen zu den vier Teilprojekten

- Rechtliche Grundlagen der Staatswaldbewirtschaftung,
- Entwicklung von Waldbau- und Naturschutzkonzepten,
- Steuerung des Naturschutzes auf der Leitungsebene,
- Umsetzung des Naturschutzes auf der operativen Ebene

schloss sich eine lebhafte Abschlussdiskussion an, in der vor allem die Erwartungen des amtlichen und ehrenamtlichen Naturschutzes an die Umsetzung von Waldnaturschutzzielen in öffentlichen Wäldern einerseits und die multifunktional ausgerichteten forstbetrieblichen Zielsysteme öffentlicher Waldeigentümer andererseits im Fokus standen.

Im Ergebnis stellte sich für viele Zuhörer heraus, dass die Gemeinsamkeiten in Sachen Waldnaturschutz gegenüber gegensätzlichen Auffassungen deutlich überwiegen. Eine gute Botschaft!

Gleichwohl wird der gesellschaftliche Diskurs um die Bedeutung von Ökonomie und Ökologie in öffentlichen Wäldern sicher fortgesetzt werden. Dabei stehen die allseits bekannten Themen „Nutzungsfreie Wälder“, „Eingeführte Baumarten“, aber auch „Transparenz im Planungsprozess“ weiterhin auf der Tagesordnung in vielen Ländern. „Schuldenbremse“, „Sicherung der Rohholzversorgung“ und „Klimaschutz“ sind die ökonomischen Gegenspieler.

Gemeinwohlverpflichtung des Staatswaldes nicht im Bundeswaldgesetz verankert

Prof. em. Dr. Eckhard Rehbinder (Uni Frankfurt/M.) stellte als ein Ergebnis seiner Analyse der Rechtsgrundlagen für die Staatswaldbewirtschaftung fest, dass deren Gemeinwohlverpflichtung nicht im BWaldG verankert ist, sondern lediglich in den Landeswaldgesetzen.

In diesem Kontext führt er aus, dass die Aussage des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Mai 1990 zur Einbeziehung der Forstwirtschaft in die Agrarmarktförderung vielfach überinterpretiert wird. Es gebe keinen verfassungsrechtlichen Grundsatz, dass der Staatswald in besonderem Maße dem Gemeinwohl verpflichtet ist. In den Bundesländern bestehen stark voneinander abweichende inhaltliche Ausprägungen der Gemeinwohlverpflichtung des Staatswaldes.

Nur wenige Landeswaldgesetze enthielten einen Vorrang oder eine Gewichtungsvorgabe für die (ökologische) Schutzfunktion oder eine anspruchsvolle Konkretisierung der ökologischen Anforderungen an die Bewirtschaftung.

Eine große Gruppe von Landeswaldgesetzen geht vom Gleichrang aller Waldfunktionen auch im Staatswald aus, schreibt jedoch bei Konflikten im Einzelfall eine Abwägung vor, die zu einem relativen Vorrang der (ökologischen) Schutzfunktion führen kann.

Der Waldnaturschutz erschöpft sich nicht in der Beachtung der Anforderungen nach dem BNatSchG. Über die Hälfte der erfassten Landeswaldgesetze besäßen darüber hinaus materielle Basisregelungen des Waldnaturschutzes, die einen integrierten allgemeinen Naturschutz bei der Bewirtschaftung gebieten. Vielfach ist vorgesehen, dass Schutzgebiete einschließlich besonderer Waldschutzgebiete bevorzugt im Staatswald auszuweisen sind. Insofern besteht ein besonderer Schutz der Biodiversität im Staatswald auf der instrumentellen Ebene.

Zwei konzeptionelle Wellen

Das von der NW-FVA bearbeitete Teilprojekt zur Entwicklung von strategischen Waldbau- und Naturschutzkonzepten in öffentlichen Wäldern seit 1980 stellt zwei zeitliche Schwerpunkte der Entwicklung naturschutzrelevanter Konzepte fest. Eine erste Veröffentlichungswelle zu Beginn der 90er-Jahre geht einher mit der Abkehr vieler Landesforstverwaltungen von der schlagweisen Hochwaldwirtschaft hin zu einem naturnahen Waldbau. Als ein Beispiel kann das Niedersächsische Regierungsprogramm zur langfristigen ökologischen Waldentwicklung (LÖWE) genannt werden.

Die zweite Welle, in der neben Waldbaukonzepten auch vermehrt Naturschutzkonzepte für öffentliche Wälder zum Zuge kommen, begann ab etwa 2008. Sie hält in der Gesamtschau noch weiter an.

Politischer Diskurs um Ökonomie und Ökologie bestimmt die Entwicklung

Dr. Lars Borras (Uni Freiburg) stellt in seinem Teilprojekt zur Steuerung auf Leitungsebene fest, dass die Landesforstbetriebe in Entwicklungsrichtung und -geschwindigkeit häufig durch verschiedene politische, soziale, ökonomische und ökologische Zuschreibungen und Interessen beeinflusst wurden. Diese würden im politischen Prozess ausgehandelt und in politische Steuerung übersetzt.

Dabei ließen sich zwei gegensätzliche Argumentationslinien in der Wald-(naturschutz)politik der Länder mit Auswirkungen auf die Landesforstbetriebe ausmachen, die seit den 1980er-Jahren nebeneinanderstehen:

Auf der einen Seite wird dem Waldnaturschutz insgesamt eine größere Bedeutung beigemessen. Auf der anderen Seite steht der Wille zum

Erhalt der ökonomischen Funktion der Wälder, vor allem durch die Produktion der erneuerbaren Ressource Holz, und zur Verringerung bestehender Defizite bzw. zur Sicherung notwendiger Erträge.

Das Konfliktpotenzial in der politischen Auseinandersetzung zum Naturschutz in den Landeswäldern beruhe auf den teilweise gegensätzlichen Überzeugungen und Grundannahmen, die beiden Perspektiven zugrunde liegen.

Dementsprechend ist der aktuell vorgefundene Status quo zum Waldnaturschutz in den Länderforstverwaltungen und -betrieben in Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die im Projekt mitgewirkt haben, als Ergebnis des jeweiligen Diskurses über Ökonomie und Ökologie in den Ländern zu werten. Dieser wird sich auch in Zukunft fortsetzen.

Försterinnen und Förster: Rückgrat des Waldnaturschutzes vor Ort

Die Frage, ob und wie Waldnaturschutz in der Fläche ernst genommen und umgesetzt wird, konnte Carolin Maier (Uni Freiburg) auf Grundlage der von ihr geführten Interviews ziemlich eindeutig beantworten:

Auch wenn die konkrete Umsetzung von Waldnaturschutzzielen in den Revieren auch abhängig von Persönlichkeit, Wissen und Engagement im Einzelfall ist, wird der (integrative) Naturschutz von den befragten Revierleiterinnen und Revierleitern ganz klar befürwortet und als Teil ihrer Aufgabe bewertet. So gibt rund die Hälfte der Befragten an, dass sie sich dem Naturschutz persönlich sehr verbunden fühlen und Naturschutzziele in ihren Revieren auch verfolgen, weil es ihnen wichtig ist (Abbildung 1).

Allerdings schränken die von den Arbeitgebern zur Verfügung gestellten Ressourcen die Umsetzung von Naturschutzvorgaben nicht unerheblich ein. Dies gilt insbesondere für die Ressource „Arbeitszeit“. In der Abwägung der zahlreichen Aufgaben in der Revierleitung empfinden viele Befragte die aktuelle Situation so, dass die Umsetzung von Waldnaturschutzzielen nur noch schwer möglich sei (Abbildung 2).

Ein BDF-Fazit

Auf den Punkt gebracht, tragen gerade die in der Fläche arbeitenden Menschen die Verantwortung für die Abwägung von wirtschaftlichen und ökologischen Zielen ihrer Landesforstverwaltungen und -betriebe. Sie sind im Einzelfall gefordert, mit Augenmaß zu entscheiden.

Dabei ist es von enormem Wert, der sich jedoch nicht in Euro und Cent messen lässt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren öffentlichen Wäldern über die betrieblichen Vorschriften hinaus offensichtlich (noch?) ein „Herz für den Waldnaturschutz“ haben.

Die Entscheidungsträger in Politik und Leitungsfunktion sind daher sicher gut beraten, die Naturschutzkompetenz und -motivation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter umfassend anzuerkennen, zu erhalten und weiter zu fördern. Präsenz in der Fläche und Zeit für glaubhafte Waldnaturschutzarbeit im Forstbetrieb sind in diesem Kontext unabdingbar!

Vermutlich wird die Bedeutung des Waldnaturschutzes in den Landeswäldern absehbar weiter steigen. Nicht umsonst kommt Prof. Rehbinder zu der Empfehlung, dass das zentrale Gebot der Gemeinwohlverpflichtung des Staatswaldes bundeseinheitlich geregelt werden könnte.

Abbildung 1

Abbildung 2

ARBEITSKREISE/VERTRETUNGEN

MEHR GELD FÜR FORSTWIRTE – TARIFVERHANDLUNGEN ZUM TV-FORST ABGESCHLOSSEN

Am 30. März 2017 fanden die Tarifverhandlungen zum TV-Forst zwischen der IG BAU und der Tarifgemeinschaft der Länder (TDL) statt. Dabei einigte man sich im Wesentlichen auf die Übernahme des Verhandlungsergebnisses des TV-L.

Im Einzelnen bedeutet dies:

- für die Beschäftigten eine Lohnerhöhung um 75,00 Euro ab dem 1. Januar 2017, weitere 2,35 % zum 1. Januar 2018.
- Die Bezüge der Auszubildenden erhöhen sich jeweils zum Stichtag 1. Januar um 35,00 €.
- Garantiebeträge (§ 17 Abs. 4 Satz 2 TV-Forst) erhöhen sich zum 1. Januar 2017 um 2,2 % und zum 1. Januar 2018 um weitere 2,35 %. Dieses gilt ebenso für die Bemessungsgrundlage für Erschwerniszuschläge (§ 18.7 Satz 2 TVÜ-Forst).
- Der Urlaubsanspruch für Auszubildende wurde auf 29 Urlaubstage erhöht.
- Nach Abschluss dieser Entgeltrunde werden Verhandlungen zur Eingruppierung der Forstwirte aufgenommen.
- Bei den Auszubildenden wurde die Übernahmegarantie um 2 Jahre verlängert.

Das Ergebnis dieser Tarifrunde ist alles in allem ein sehr dürftiges. Lediglich die Lohnsteigerungen des TV-L wurden übernommen. Das Thema unterschiedliche Eingruppierung der Ranger in Großschutzgebieten bzw. in der sonstigen Fläche wurde vertagt. Außerdem wurden keine Maßnahmen getroffen, um junge Beschäftigte im öffentlichen Dienst zu halten.
Der BDF wird über den dbb in den nächsten Tagen einen Anschlusstarifvertrag unterzeichnen.

Vertretung der Forstwirte
Gerhard.Tenkhoff@t-online.de

Wald trifft Politik – die Zukunft der deutschen Forstwirtschaft

Erfolgreiche 67. Jahrestagung des Deutschen Forstwirtschaftsrates in Sachsen-Anhalt

Nach fast exakt zwei Jahrzehnten kehrte der Deutsche Forstwirtschaftsrat zur Durchführung seiner Jahrestagung vom 23. bis 25. April 2017 wieder nach Dessau zurück. Ein Rückblick lohnt, da er beispielhaft in Erinnerung bringt, dass der DFWR als Spitzenverband der deutschen Forstwirtschaft von jeher zukunftsgestaltende Entwicklungen im Wirtschaftscluster Forst & Holz zum Vorteil von Wald und Gesellschaft mitgestaltet. So wurde im Juni 1998 per Mitgliederentscheid beschlossen, das damals zarte Pflänzchen eines europäischen Zertifizierungssystems zu unterstützen. Mithilfe der zu diesem Zweck verabschiedeten „Dessauer Erklärung“ definierte der DFWR vier Leitkriterien für die Entwicklung eines europäischen Nachhaltigkeitsnachweises im Bereich der Forstwirtschaft. Auch unter diesen Prämissen entwickelte sich mit PEFC™ die heute größte Institution zur Nachhaltsicherung von Wald- und Holzwirtschaft durch ein unabhängiges Zertifizierungssystem.

Präsident Schirmbeck dankt Staatssekretär Dr. Hermann Onko Aeikens (BMEL)

Neue Herausforderungen für den DFWR

Mittlerweile weit im neuen Jahrtausend angekommen, bewegen die Deutsche Forstwirtschaft zahlreiche andere Herausforderungen. Der Klimawandel bedroht die Waldgesundheit und damit die natürlichen Produktionsgrundlagen der Forstbetriebe, kartell- und beihilferechtliche Zwänge erfordern neue Konzepte zur flächendeckenden Betreuung und Bewirtschaftung der privaten und kommunalen Wälder, zunehmende Ansprüche der Gesellschaft an den Wald in Kombination mit Bewirtschaftungseinschränkungen und ausufernden Stilllegungsflächen bedrohen zunehmend die Wirtschaftlichkeit der Forstbetriebe und dazu steht ein umfassender Generationenwechsel bevor. Wirtschaftliche Zwänge treiben die Forstverwaltungen und -betriebe zum Abbau von forstlichem Fachpersonal. Geeignete Honorierungssysteme für die umfassenden Ökosystemleistungen der Forstwirtschaft wurden zwar jahrzehntelang diskutiert, existieren allerdings immer noch nicht. Trotz vielerlei politischer Lippenbekenntnisse sind die Forstbetriebe weiterhin gezwungen, sich fast ausschließlich durch den Holzverkauf zu finanzieren. Schließlich üben externe und vornehmlich in waldfernen Großstadtmetropolen sesshafte Interessengruppen mit paradiesökologischen Waldsehnsuchtsfantasien zunehmend politischen Druck aus, um oftmals auf postfaktischer Grundlage wissensbasierten Waldschutz- und -wirtschaftsmaßnahmen sowie verfassungsgemäß garantierten Waldeigentümerrechten entgegenzuwirken.

Bundeswaldinventur stellt Forstwirtschaft hervorragendes Zeugnis aus

Trotz dieser die deutsche Forstwirtschaft hauptsächlich hemmenden Entwicklungen der letzten Jahre ist positiv zu konstatieren: Die letzte Bundeswaldinventur stellt der Deutschen Forstwirtschaft ein hervorragendes Zeugnis aus! Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Waldsterbensphase der 1980er-Jahre entwickelten die deutschen Waldeigentümer und Förster den produktivsten, arten- und strukturreichsten Wald Europas. Wald und Forstwirtschaft werden daher zwangsläufig positiv wahrgenommen. Die Deutschen interessieren sich wieder in zunehmendem Maße für ihren Wald und identifizieren sich verstärkt mit ihm. Denn: Wald sichert Existenzen, Wald dient dem Klima- und Landschaftsschutz, ohne Wald keine fruchtbaren Äcker und keine leistungsstarke Landwirtschaft, Wald bietet Erholung und fördert die Gesundheit, Wald stiftet Identifikation, Wald schürt Emotionen und Wald verbindet uns alle. Und die Deutsche Forstwirtschaft und -wissenschaft verfügt über ein weltweit anerkanntes Know-how zur Lösung der anstehenden Aufgaben – im Interesse von Wald und Gesellschaft! Gute Voraussetzungen für den deutschen Försterstand: Wer Klima, Umwelt und Wald retten will, kommt an Waldbesitzern und Förstern nicht mehr länger vorbei! Wir Waldeigentümer und Förster stehen als nachhaltige Problemlöser bereit – bewährt seit über 300 Jahren!

Wald trifft Politik

Diese komplexe Gemengelage griff der DFWR im Bundestagswahljahr 2017 auf und lud Verantwortliche von aktuell und potenziell zukünftig im Bundestag vertretenen Parteien zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Wald trifft Politik“ nach Dessau-Roßlau ein. Ein für DFWR-Veranstaltungen neues Format – geneigt, nicht länger nur übereinander, sondern endlich miteinander zu sprechen. Der Einladung folgten die forstpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der

- Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, vertreten durch Harald Ebner, MdB,
- Bundestagsfraktion CDU/CSU, vertreten durch Cajus Caesar, MdB,
- Bundestagsfraktion DIE LINKE, vertreten durch Dr. Kirsten Tackmann, MdB,
- Bundestagsfraktion SPD, vertreten durch Petra Crone, MdB,

Die Runde der politischen Podiumsdiskussion mit der 1. sachsen-anhaltinischen Waldkönigin Maria Dolge. V. r.: MdB Cajus Caesar (CDU), MdB Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE), Georg Schirmbeck (DFWR), MdB Petra Crone (SPD), MdL Dr. Friedrich Bullinger (FDP) und Moderatorin Victoria Herrmann

- und der FDP, vertreten durch Dr. Friedrich Bullinger, MdL in Baden-Württemberg.

Der angekündigte Vertreter der AfD sagte krankheitsbedingt kurzfristig ab.

Im Laufe von über drei Stunden und außerordentlich charmant moderiert von Victoria Herrmann vom Mitteldeutschen Rundfunk erhielten die Genannten nicht nur Gelegenheit, ihre parteipolitischen Visionen von einer zukunftsorientierten Waldwirtschaft darzulegen, sondern auch hinreichend Möglichkeiten, auf Wortmeldungen der anwesenden Gäste zu reagieren bzw. zu im Vorfeld vom DFWR bundesweit akquirierten Mitgliederfragen Stellung zu nehmen.

In der Nachschau erreichten den DWFR vielfältige Reaktionen zu der Diskussion dieses komplexen und wie immer emotional überlagerten Themas. Der Präsident des DFWR, Georg Schirmbeck, zeigte sich sehr zufrieden. Seines Erachtens wurde das Hauptziel erreicht – sachliche Kommunikation auf Augenhöhe. Schirmbeck: „Es ist ein langer Weg, bis wir uns, Waldeigentümer, Förster und Politiker, wirklich verstehen. Wir kennen jetzt die Ausgangslage. Wir haben angefangen. Eine Alternative gibt es nicht! Die Fortsetzung muss und wird unmittelbar nach der Bundestagswahl folgen. Alle Forstleute bleiben dauerhaft aufgefordert, den regelmäßigen sachlichen Kontakt und das Gespräch zu den Abgeordneten aller Parteien zu suchen und zu pflegen. Nur der konstruktive Dialog ist geeignet, um die forstpolitischen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft zu lösen."

Große Einigkeit bei allen Mitgliedern des DFWR

In Erwartung der anstehenden großen Herausforderungen für die Deutsche Forstwirtschaft war es darüber hinaus sehr erfreulich und motivierend, dass die Mitglieder des DFWR sich bei den wichtigen sachlichen Themen sehr einig sind. Dass der DFWR als „die Stimme der Deutschen Forstwirtschaft" auf dem politischen Parkett schlagkräftig und unverzichtbar ist, brachten gleich mehrere Redner aus dem In- und Ausland bei der Festveranstaltung der Jahrestagung zum Ausdruck.

So würdigte Rudolf Rosenstatter als Vorsitzender von „Forst Holz Papier Österreich", der Koordinations- und Kommunikationsplattform der Forstwirtschaft, Holzindustrie sowie Papier- und Zellstoffindustrie in Österreich, mit dem neutralen Blick von außen die „bewundernswert starke Stimme, die der DFWR der Deutschen Forstwirtschaft gibt".

Auch der Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Hermann Onko Aeikens, erkannte die Leistungen des DFWR in Vergangenheit und Gegenwart an: „Der deutsche Wald braucht das Engagement des DFWR. … Freie Wissenschaft und ein offener Diskurs sind nötig, um die zunehmenden Forderungen an Wald und Forstwirtschaft nachhaltig bewältigen zu können. … Der DFWR muss diesen Diskurs weiter engagiert und auf der Grundlage von Fakten führen. Gefühlsdenken und Halbwissen muss er auch in Zukunft entschieden entgegentreten."

Eine besondere Ehre erfuhr der DFWR schließlich durch den persönlichen Empfang des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, Herrn Dr. Reiner Haseloff, sowie das Grußwort der sachsen-anhaltischen Forstministerin, Frau Prof. Dr. Claudia Dalbert. Auch sie bestätigten unisono, dass die Politik erwartet, dass die Deutsche Forstwirtschaft mit einer Stimme spricht. Daraufhin DFWR-Präsident Schirmbeck: „Das gelingt uns auch immer besser. Unsere Mitgliederzahlen steigen. Weitere Mitglieder sind auf dem Weg zu uns. Dessau-Roßlau wird ein Meilenstein sein. Es war ein wichtiger Schritt, um zukünftig in der Politik die Unterstützung zu finden, die für die Deutsche Forstwirtschaft angemessen ist." ■

Deutscher Forstwirtschaftsrat

Im voll besetzten Saal saßen Teilnehmer/-innen aus der gesamten deutschen Forst- und Holzbranche. Der BDF wurde u. a. durch Ulrich Dohle vertreten

Naturkapital Deutschland – TEEB DE

Deutscher Forstwirtschaftsrat positioniert sich zum Synthesebericht

Die deutschen Forstbetriebe finanzieren sich fast ausschließlich aus Rohholzerlösen. Die Vielzahl der Positivwirkungen des Waldes für die Gesellschaft wird bis heute nicht entgolten. Höchste Zeit also, diese hochwertigen und zunehmend stärker nachgefragten Umwelt- und Erholungsdienste endlich zu bewerten und den Waldeigentümern gerecht zu vergüten. Den gesamten Naturraum im Fokus, widmet sich diesem Anliegen das internationale Forschungsvorhaben TEEB (The Economics of Ecosystems and Biodiversity). Seit 2012 lief dazu unter der Leitung des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ) eine vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) in Auftrag gegebene nationale Initiative mit der Bezeichnung „Naturkapital Deutschland – TEEB DE“. Diese legte nun den Entwurf eines Syntheseberichtes vor, zu dem der DFWR ausführlich Stellung nahm (siehe http://www.dfwr.de/index.php/forstpolitik/216-teeb).

Die Teilnehmer/-innen einer Exkursion lassen sich die Leistungen des Forstbetriebs St. Martin (Bayerische Staatsforsten) um die Erhaltung des Auerhuhns erläutern

Entwurfspapier erfüllt nicht die Erwartungen des DFWR

Der DFWR begrüßt die erklärte Zielstellung der Initiative „Naturkapital Deutschland – TEEB“, den ökonomischen Wert von Ökosystemleistungen und Biodiversität aufzuzeigen, die Kosten des globalen Biodiversitätsverlustes offenzulegen, vorhandenes Wissen in einer Synthese zusammenzufassen, es für unterschiedliche Nutzergruppen aufzubereiten und aktiv zu verbreiten. Aber aus Sicht des DFWR wurde das Entwurfspapier der Bedeutung des Vorhabens allerdings noch nicht gerecht. Neben vielen guten Ansätzen blieben wesentliche, dem Ansinnen förderliche Aspekte von Wald und Forstwirtschaft noch unerwähnt und zahlreiche Aussagen bedürfen einer fachlichen Richtigstellung.

Versachlichung des Syntheseberichtes

Auslassungen und Fehlinformationen bewirkten im Syntheseentwurf zu Unrecht einen negativen Grundtenor bezüglich der deutschen Naturkapitalausstattung. Ablehnende Assoziationen zu den das Naturkapital bewirtschaftenden und nachhaltig gestaltenden Landnutzern wären die Folge. Mit Verweis auf unstrittige Fakten forderte der DFWR eine Richtigstellung bzw. Versachlichung ein, um das öffentliche Bewusstsein dafür zu schärfen, dass eine nachhaltige Forstwirtschaft als die naturnächste Landnutzungsform unverzichtbar ist für zahlreiche Lebensraumsicherungs- und Rohstoffversorgungsfunktionen.

Naturschätze wurden aufgezählt und der Wald fehlte …

Entweder verkannte die im Entwurfstext getroffene Aussage „Moore, Auen, Grünland sind wahre Schätze, die durch eine angepasste und ressourcenschonende Nutzung besonders hohe und vielfältige Ökosystemleistungen erbringen“ bewusst die ökologischen Alleinstellungsmerkmale des Waldes oder die Autoren wussten es tatsächlich nicht besser. In Anbetracht der ökonomischen Bedeutung des Waldes für die deutsche Volkswirtschaft und seiner ökologischen Rolle im Naturhaushalt sowie der noch nicht abschätzbaren Klimawandelfolgen forderte der DFWR die Autoren daher auf, den Wald als größten, weil existenzsichernden Naturschatz anzuerkennen und entsprechend darzustellen.

Waldeigentümer als Hüter der Nachhaltigkeit stärken!

In Anbetracht des nicht akzeptablen Syntheseentwurfes drängte der DFWR auf die Vermittlung divergierender politischer Interessenlagen unter dem Primat wissenschaftlicher Erkenntnisse sowie vernunftbasierter Kompromisse anstelle des Schürens entwicklungshemmender Divergenzen. Als wesentlichen Baustein hierfür erklärte der DFWR die programmatische Unterstützung des verfassungsgemäßen Waldeigentumsschutzes. Der in weiten Bereichen stark ordnungspolitische Ansatz des gegenwärtigen Entwurfspapieres wurde vom DFWR sehr kritisch bewertet.

Bedeutung der Waldökosystemleistungen für den Lebensraumerhalt korrekt darstellen

Der DFWR begrüßte die getroffenen Ausführungen zu den forstwirtschaftlichen Zielkonflikten aus dem Spannungsfeld zwischen Energie- bzw. Klimapolitik und Naturschutz. Zugleich wurde jedoch die Darstellung des im Weltmaßstab herausragenden Niveaus der deutschen Forstwirtschaft hinsichtlich Devastationsüberwindung, nachhaltigen Landschaftsschutzes, multifunktioneller Leistungsfähigkeit sowie kontinuierlicher Ressourcenversorgung auf hohem Niveau eingefordert.

Naturnahe Waldentwicklung – altes Grundanliegen deutscher Förster

Bezüglich der auch im Syntheseentwurf thematisierten Diskussionen um Totholzvorräte bzw. Waldflächenstilllegungen positionierte sich der DFWR gleichfalls. So wurde angemahnt, Empfehlungen für optimale Totholzvorräte nur unter Beispielnahme von natürlichen Waldentwicklungsprozessen abzuleiten und zielführende Vertragsnaturschutzprogramme zu entwickeln. Bezüglich der viel diskutierten Waldflächenstilllegungen erklärte der DFWR, dass er einen maßvollen Zugriff

auf öffentliches Waldeigentum mitträgt. Zugleich wurde eine zügige wissenschaftliche Bewertung der aus den aktuellen Waldflächenstilllegungen resultierenden Entwicklungs-, aber vor allem Risikopotenziale hinsichtlich Standortökologie, Zuwachs, Biodiversität und Stabilität gefordert.

Waldökosystemleistungen objektiv quantifizieren und honorieren!

Das im Syntheseentwurf formulierte Kriterium, die Honorierung von Ökosystemleistungen an ökologische Mindeststandards zu koppeln, wurde vom DFWR begrüßt. Hierbei erging jedoch der Hinweis, zwingend einerseits die standortökologisch-biologischen und andererseits auch die formaljuristischen Restriktionen zu berücksichtigen. Die Entwicklung fundierter, flexibler und gerechter Vergütungssysteme für Waldökosystemleistungen deklarierte der DFWR als prioritär.

Ökologie ist Langfristökonomie – ein alter forstlicher Grundsatz

Aufgrund der vielfach tendenziösen Darstellungen wies der DFWR in seiner Stellungnahme nachdrücklich darauf hin, dass die deutsche Forstwirtschaft selbst das größte Interesse an der langfristigen Zukunftssicherung des Natur- und damit auch des Waldkapitals hat. Ökologisch voll funktionsfähige Wälder bieten die Gewähr für eine dauerhaft ökonomisch erfolgreiche Waldwirtschaft mit einem breiten Spektrum gesellschaftlicher Wohlfahrtsleistungen.

Freiheit im Denken und Wettstreit der Ideen

Als Reaktion auf die ausschließliche Favorisierung des FSC-Zertifizierungssystems gab der DFWR zu bedenken, dass im Vertrauen auf die Selbstregulierungskraft des forstlichen Marktes und die seit Jahrhunderten unter Beweis gestellte Eigenverantwortung der Waldeigentümer aus dem Synthesebericht hervorgehen sollte, dass für die Qualitätssicherung miteinander konkurrierende unabhängige Zertifizierungssysteme erforderlich sind. Der DFWR plädierte

Die Forstwirtschaft selbst hat größtes Interesse an der langfristigen Sicherung des Naturkapitals – wie hier im Bergwald in Südostbayern

daher für eine Formulierung, die den Waldeigentümern Wahlfreiheit bezüglich eines auf die Naturraumausstattung und die regionale gesellschaftliche Anspruchshaltung abgestimmten Zertifikates gewährleistet.

Ökologische forstliche Standards – Evolution statt Revolution!

Die im Entwurf geäußerten Forderungen sowohl nach der Entwicklung neuer „ökologischer Mindeststandards“ als auch nach „ordnungsrechtlichen Instrumenten zur Definition einer guten fachlichen Praxis in der Forstwirtschaft“ lehnte der DFWR ab. Die fortlaufende Weiterentwicklung forstlicher Standards ist ein forstliches Selbstverständnis. Auch künftig muss dieser Prozess im Verantwortungsbereich der per Grundgesetz sozialpflichtigen Waldeigentümer liegen und darf nicht von externen Waldinteressengruppen vorgegeben werden.

Mischwälder – Sicherung von Waldleistungen und Entwicklungsoptionen

Die gegenwärtig im Entwurfstext verankerte „Dämonisierung“ künftiger Nadelbaumanteile an den in Entwicklung befindlichen Mischwaldstrukturen wurde vom DFWR scharf kritisiert und eine sachlichere Argumentationsführung angemahnt. Gerade die Erweiterung des Spektrums standortgerechter Baumarten befördert die Entwicklung klimaplastischer Zukunftswälder unter dem Einfluss des nicht sicher prognostizierbaren Klimawandels.

Ausblick

Die Veröffentlichung des Syntheseberichtes ist für den Sommer 2017 angekündigt. Der DFWR wird fortlaufend den Dialog mit den Publikationsverantwortlichen pflegen und die Berücksichtigung der bereitgestellten Korrekturhinweise und Verbesserungsvorschläge prüfen. Darüber hinaus unterstützt der DFWR fortlaufend die Entwicklung geeigneter Bewertungs- und Ausgleichsverfahren für von Waldeigentümern für die Allgemeinheit erbrachte Ökosystemleistungen. Hierzu zählen u. a. Projekte zur Analyse der Potenziale und Hemmnisse von Vertragsnaturschutz im Wald oder zur Quantifizierung der Klimaschutzleistungen von Forst- und Holzwirtschaft. Darüber hinaus stehen im Fokus das Themenfeld „Wald und Wasser“ sowie die Akquirierung öffentlicher Förderpotenziale für Walderholungsdienste und ganz aktuell vor allem die intensive umweltpolitische Meinungsbildung rund um die diesjährige Bundestagswahl. ■

Deutscher Forstwirtschaftsrat

JAGDMUNITION
MIT BLEIFREIEN GESCHOSSEN
- in allen gängigen Kalibern erhältlich
- mit Reichenberg-HDB-Kupferjagdgeschossen
- verschiedene Geschosstypen-Konstruktionen
- Spitzenqualität, mit absoluter Präzision
- ein Optimum an Leistung und Ballistik

erhältlich bei:
SkaDi Munitionstechnik
Stifterstraße 13 · 92439 Bodenwöhr
Tel: 09434-902989 · Fax: 09434-902997
E-Mail: info@skadi-waffen.de
Internet: www.skadi-waffen.de

Klima schützen. Werte schaffen. Ressourcen effizient nutzen – Charta für Holz 2.0

Unter diesem Titel fand am 26. April die Auftaktveranstaltung in Berlin statt

Bundesforstminister Christian Schmidt betonte, dass die Charta für Holz 2.0 den nationalen konkreten Umsetzungsplan mehrerer internationaler Abkommen darstelle: die 2030-Agenda der Vereinten Nationen, in der sich die Weltgemeinschaft verpflichtet, allen Menschen ein Leben in Würde und Wohlstand zu ermöglichen. Und auch das Pariser Klimaschutzabkommen 2015, das darauf abzielt, den globalen Anstieg der Durchschnittstemperatur auf 2 °C bis zum Jahr 2100 zu begrenzen.

Im November 2016 beschloss die Bundesregierung den nationalen Klimaschutzplan 2050, der unter anderem die verstärkte, aber nachhaltige Nutzung von Holz als CO_2-Speicher und als Substitut beispielsweise für Beton und fossile Brennstoffe vorsieht. Bereits in der Waldstrategie 2020 wurde das Ziel formuliert, eine den zukünftigen Anforderungen angepasste, tragfähige Balance zwischen den steigenden Ansprüchen an den Wald und seiner nachhaltigen Leistungsfähigkeit zu entwickeln. Auch in der Nationalen Politikstrategie Bioökonomie wurde die Nutzung der nachhaltig verfügbaren Holzpotenziale unter weitgehendem Verzicht auf die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen erwähnt.

Alle diese oben aufgeführten Strategien sind in sich weitgehend kongruent. Nicht verschwiegen werden soll jedoch, dass es auch widersprüchliche Politikstrategien wie z. B. die Nationale Biodiversitätsstrategie gibt.

Die Charta für Holz wurde durch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe konzipiert. Dabei wurden auch Experten aus der Wissenschaft und Wirtschaft eingebunden. Sie ist auf Dauer angelegt.

Oberziele

Die Charta für Holz 2.0 verfolgt drei Oberziele, an denen die einzelnen Handlungsfelder gemessen werden:

Die gesellschaftlichen Dimensionen der Charta für Holz diskutierten v. l. Prof. Christa Liedtke (Moderation), Wolf Opitsch (Bauoberrat München), Steffen Rathke (Plattform Forst und Holz), Prof. Hubert Röder (Hochschule Weihenstephan-Triesdorf), Kay Künzel (Raum für Architektur), Christof Kurch (Berlinovo Immobilien Gesellschaft mbH) und Max Reger (Landesforstpräsident BW)

1. Klimaschutz: Dieser wird durch die nachhaltige Waldbewirtschaftung und Holzverwendung gestärkt. In diesem Zusammenhang rief Jörg-Andreas Krüger, Fachbereichsleiter Biodiversität des WWF, dazu auf, den Dialogprozess zwischen Naturschutz und Forstwirtschaft neu zu initialisieren. Er betonte, dass wir die Nutzung des Rohstoffes Holz auf 95 % der Flächen brauchen.

2. Wertschöpfung: Diese soll durch die Wettbewerbsfähigkeit des Clusters Forst & Holz erhalten und gestärkt werden. Zudem betonte Prof. Dr. Martina Klärle, Professorin für Landmanagement an der Frankfurt University of Applied Sciences, dass die Wertschöpfung auch durch die Entwicklung neuer Produkte wie Brillen und Luxusprodukte gesteigert werden könne.

3. Ressourceneffizienz: Klaus Dosch, Leiter der Faktor X Agentur der Entwicklungsgesellschaft indeland GmbH, wies auf den abnehmenden Grenznutzen der Energieeffizienz hin (85 % seien schon erreicht) und gab als das nächste Ziel „Ressourceneffizienz“ aus: Durch die nachhaltige und effiziente Nutzung von Holz werden endliche Ressourcen geschont.

Handlungsfelder

Um diese Ziele zu erreichen, wurden sechs wichtige Handlungsfelder identifiziert:

1. Bauen mit Holz in Stadt und Land: Die Holzbauquote und der Holzeinsatz in der Gebäudesanierung soll gesteigert werden, dazu ist es notwendig, die Vorschriften „holzfreundlicher“ zu gestalten und immer wieder auf die Klimaschutzeffekte in den diversen Programmen, Leitfäden und Richtlinien hinzuweisen.

2. Potenziale von Holz in der Bioökonomie: Hierbei ist nicht nur die stärkere Verwendung von Laubholz in der stofflichen Verwendung gemeint, sondern auch die Entwicklung innovativer, holzstoffbasierter Produkte und die Kombination mit anderen (biobasierten) Industrien.

3. Material- und Energieeffizienz: Darunter fallen u. a. die Erhöhung der Rohstoffausbeute (bspw. durch leichtere Holzwerkstoffe im Möbelbau), die Erhöhung der Materialeffizienz durch Kaskadennutzung, die Erhöhung der Wirkungsgrade bzw. Verringerung der Emissionen.

4. Ressource Wald und Holz: Hierunter fallen die Erhöhung des nutzbaren Waldholzpotenzials, die Steigerung des Rohholzaufkommens aus dem Kleinprivatwald, die langfristige Sicherstellung der Nadelholzverfügbarkeit, aber auch die Sicherung der Nachhaltigkeit und Legalität von importierten Holzprodukten, denn Deutschland ist Nettoimporteur von Nadelrohholz.

5. Cluster Forst & Holz: Im Cluster Forst & Holz arbeiten ca. 1,1 Mio. Menschen und erwirtschaften eine Wertschöpfung von 55 Mrd. €/a (bei einem Umsatz von 180 Mrd. €). Die engere Forst- und Holzwirtschaft (ohne Druckereien und Verlage) beschäftigen immerhin über 700.000 Menschen und erwirtschaften einen Umsatz von über 120 Mrd. €/a. Das Cluster spielt insbesondere in den ländlichen Räumen eine große Rolle, dies gilt es durch eine stärkere Vernetzung und Kooperationen von Unternehmen durch regionale Clusterinitiativen zu erhalten und zu fördern.

6. Wald und Holz in der Gesellschaft: Diverse Ansprüche an den Wald, die Unkenntnis über biologische Abläufe, die Sehnsucht nach einem unberührten Urwald etc. führen zu Konflikten. Diesen möchte man mit dem Ausbau von Verbraucherinformationen und -kommunikation begegnen, um ein Bewusstsein für die positiven Aspekte der Wald- und Holznutzung in der Gesellschaft zu fördern.

All dies soll durch eine verstärkte Forschung und Entwicklung in allen Handlungsfeldern gefördert werden. Die dafür nötigen finanziellen Mittel und Personalkapazitäten in Forschung, Wissenschaft und Lehre sollen ausgebaut werden. Zur Umsetzung der Charta für Holz sind darüber hinaus alle Akteure in Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Forschungs- und Bildungseinrichtungen und der Gesellschaft gefordert.

Und wie geht es weiter?

Das BMEL (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft) hat eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die die Umsetzung der Charta strategisch begleitet, evaluiert und ggf. steuernd eingreift. Zusätzlich werden für die sechs Handlungsfelder Arbeitsgruppen gebildet, die die Schwerpunktthemen priorisieren, Maßnahmen projektieren, Indikatoren und Ziele erarbeiten und der Steuerungsgruppe regelmäßig Bericht erstatten. ■ *vK*

Weiterführende Informationen finden sich unter www.charta-fuer-holz.de

Neuer Masterstudiengang „Urbanes Baum- und Waldmanagement“ startet im Wintersemester 2017/18 an der HAWK in Göttingen

Pressemitteilung

An der Fakultät Ressourcenmanagement der HAWK in Göttingen wird im Wintersemester 2017/2018 erstmalig der Masterstudiengang „Urbanes Baum- und Waldmanagement“ angeboten. In diesem Studiengang können Absolventinnen und Absolventen aller forstlichen Bachelorstudiengänge sowie des Bachelorstudiengangs Arboristik Kompetenzen erwerben, die speziell zur Bewirtschaftung urbaner Bäume und Wälder erforderlich sind.

In urbanen Wäldern steht die Forstwirtschaft unter anderen Vorzeichen als in ländlich geprägten Regionen. Die Einnahmen aus der Forstwirtschaft spielen in Städten und Ballungsräumen oft eine untergeordnete Rolle. Vielmehr prägen Erholungs- und Schutzfunktionen des Waldes sowie die positiven Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung die Waldbewirtschaftung. Darüber hinaus fühlen sich die Bürger/-innen in stärkerem Maße für ihren Wald verantwortlich. Diese Verantwortung können sie nur wahrnehmen, wenn die für den Wald verantwortlichen Wirtschafter sie in die Entscheidungsprozesse einbinden. Dies betrifft die Entwicklung waldbaulicher und naturschutzfachlicher Strategien genauso wie die konkreten Bewirtschaftungsmaßnahmen vor Ort.

Die verantwortlichen Mitarbeiter/-innen stadtnaher Forstämter und Grünflächenämter müssen in der Lage sein, die besonderen Funktionen des urbanen Grüns zu erkennen und nachhaltig sicherzustellen. Sie müssen ebenso die Interessen des urbanen Wald- und Grünflächenmanagements gegenüber der Öffentlichkeit, den Medien und politischen Entscheidungsträgern vertreten.

Auf diese besonderen Herausforderungen bei der Entwicklung und Sicherung von urbanem Wald und Grün bereitet der Masterstudiengang Urbanes Baum- und Waldmanagement die Studierenden vor. Neben Modulen, die die Ökosystemdienstleistungen des Waldes und den urbanen Waldbau thematisieren, erwerben die Studierenden profunde Kompetenzen im Bereich der Kommunikation und Moderation, der Personalführung und des Konfliktmanagements, des Verwaltungsaufbaus und der politischen Willensbildung sowie der Stadt- und Landschaftsplanung.

Umgang mit Demenz: Tipps für Angehörige

Eine Demenzerkrankung stellt nicht nur die Betroffenen selbst, sondern auch ihre Angehörigen auf eine harte Probe. Zum einen ist da schon der Schock über die Diagnose, zum anderen die Trauer. Hinzu kommt, dass auch der Umgang mit Demenzkranken oftmals nicht einfach ist. Denn mit der Zeit verändern sich das Verhalten und auch die Persönlichkeit der Betroffenen. Fakt ist, dass viele Angehörige, die mit einem erkrankten Familienmitglied zusammenleben, davon profitieren, wenn sie gut über das Krankheitsbild informiert sind und wissen, wo sie Beratung und Hilfestellungen für den Alltag finden.

Was ist Demenz?

Der Begriff „Demenz“ (lat. dementia) bedeutet sinngemäß „ohne Geist“.

In Deutschland leiden etwa 1,5 Millionen Menschen unter einer Demenz. Sie gehört zu den häufigsten Krankheitssyndromen im Alter. Im Verlauf kommt es zu einem Abbau des Gedächtnisses, der mit Störungen in verschiedenen Bereichen, z. B. Denkfähigkeit, Orientierung, Sprache, Verhalten, einhergeht. Doch was ist Demenz eigentlich genau? Und worin besteht der Unterschied zur „normalen“ Vergesslichkeit?

Nur vergesslich oder schon dement? Wer hat nicht schon einmal das Portemonnaie vergessen, den Schlüssel verlegt oder die heiße Milch auf dem Herd vergessen? Vor allem ältere Menschen fragen sich in solchen Situationen oft, ob sie nur einfach vergesslich sind oder schon wirklich an einer Demenz leiden. Vergesslichkeit bezieht sich auf Dinge, die jedem einmal passieren können – nicht immer ist sie der Vorbote einer Demenz-Erkrankung. Wenn einen das Gedächtnis allerdings auffällig oft im Stich lässt und auch bei längerem Nachdenken das Vergessene nicht „zurückgeholt“ werden kann, ist ein Arztbesuch ratsam.

Verlauf der Erkrankung: Welche Symptome dabei im Vordergrund stehen und welchen Verlauf die Erkrankung nimmt, hängt im Wesentlichen von der Ursache der Erkrankung ab. Ausschlaggebend ist vor allem, welche Bereiche des Gehirns durch die zugrunde liegende Erkrankung geschädigt werden.

Unterschiedliche Krankheitsverläufe: Die häufigste Ursache für Demenz sind neurodegenerative Erkrankungen. Dazu zählen zum Beispiel die Alzheimer-Demenz und die Parkinson-Demenz. Diese Demenzformen sind nicht heilbar und durch einen fortschreitenden Verlauf gekennzeichnet. Dabei kommt es zuerst zu Beeinträchtigungen des Erinnerungs-, Denk- und Problemlösevermögens, und auch die Sprache leidet. Später kommen oft auch Störungen des Sozialverhaltens und der Persönlichkeit hinzu. Im fortgeschrittenen Stadium können sich Betroffene nicht mehr selbst versorgen und werden pflegebedürftig.

Bei der vaskulären, also gefäßbedingten Demenz gibt es dagegen keinen einheitlichen Verlauf. Die Symptome können über längere Phasen stabil bleiben oder sich zeitweise sogar verbessern.

Der Beitrag wird fortgesetzt. ■

Quelle: http://Demenz behandeln.de

bdf-Senvt – rh

Seniorenvertretung
Telefon (0 26 02) 6 02 17
rhensius@bdf-online.de

10 GRUNDREGELN ZUM UMGANG MIT DEMENZKRANKEN

1. Informieren Sie sich über das Krankheitsbild. Um die Krankheit und die Änderungen zu verstehen, die sie mit sich bringt, ist es wichtig, möglichst gut informiert zu sein.
2. Behalten Sie wichtige Gewohnheiten der Betroffenen bei. Sie sollten so lange wie möglich z. B. an ihrem geliebten Stammtisch oder dem Kaffeebesuch mit Freunden teilnehmen dürfen. Das gibt den Betroffenen ein Stück Vertrautes und Sicherheit zurück.
3. Achten Sie auf einen gleichbleibenden Tagesablauf. Überfordern Sie die Betroffenen nicht durch zu viele oder belastende Aktivitäten (z. B. Lärm, Gedränge).
4. Streiten Sie nicht! Demenzkranke folgen einer anderen Logik und sind mit Argumenten in der Regel nicht zu überzeugen. Vermeiden Sie deshalb unnütze Wortgefechte, die nur für schlechte Stimmung sorgen. Versuchen Sie, Konflikte z. B. durch Ablenkung aufzulösen.
5. Bleiben Sie gelassen. Nehmen Sie Gefühlsschwankungen und Aggressionen nicht persönlich. Sie können sehr belastend sein, aber sie sind typische Symptome der Erkrankung. Suchen Sie rechtzeitig Hilfe, wenn Sie merken, dass Sie an Ihre Grenzen kommen.
6. Üben Sie sich in Geduld! Sprechen Sie deutlich und langsam und in einfachen kurzen Sätzen. Wiederholen Sie das Gesagte nach Bedarf und geben Sie den Betroffenen ausreichend Zeit, zu reagieren.
7. Geben Sie Orientierung! Große Uhren, gut lesbare Hinweisschilder (z. B. auf Schubladen), ein Kalender mit dem aktuellen Datum und wichtige Mitteilungen auf einer Tafel können den Betroffenen die zeitliche und räumliche Orientierung erleichtern.
8. Bleiben Sie in Kontakt! Im Verlauf der Erkrankung wird die sprachliche Verständigung immer schwieriger. Umso wichtiger ist es, durch körperliche Nähe, Blicke und Gesten mit dem Betroffenen in Kontakt zu bleiben.
9. Sprechen Sie oft über schöne Erlebnisse in der Vergangenheit. Das Langzeitgedächtnis bleibt bei Demenz zu Beginn noch erhalten und durch schöne Erinnerungen lassen sich bei Betroffenen oft positive Gefühle hervorrufen.
10. Denken Sie an sich selbst! Die Betreuung und Pflege von Demenzkranken ist selbst für Fachkräfte eine große Herausforderung. Denken Sie daran, für sich selbst Auszeiten zu schaffen, um wieder Energien auftanken zu können. Nutzen Sie Hilfs- und Beratungsangebote von außen und sprechen Sie auch mit Familie und Freunden über Ihre Sorgen und Nöte. Viele Pflegende empfinden es als sehr hilfreich, sich mit anderen Menschen, die in der gleichen Situation sind, auszutauschen.

WEITERE TIPPS

- Sorgen Sie dafür, dass dunkle Flure und Räume ausreichend beleuchtet sind. Auch eine dezente Nachtbeleuchtung hilft dem Betroffenen, falls er nachts aufwacht.
- Achten Sie darauf, dass Elektrogeräte (z. B. Herd, Bügeleisen) gut gesichert sind.
- Beseitigen Sie Stolperfallen in der Wohnung und achten Sie darauf, dass die Betroffenen gutes Schuhwerk tragen – so können Stürze vermieden werden.
- Falls Ihr Angehöriger dazu neigt, die Wohnung ohne Aufsicht zu verlassen, kann ein Armband mit Name und Adresse hilfreich sein.
- Erhalten Sie die Selbstständigkeit so weit wie möglich und lassen Sie den Betroffenen bei täglichen Aktivitäten, z. B. beim Kochen, dabei sein.
- Achten Sie darauf, dass Medikamente regelmäßig eingenommen werden.
- Bieten Sie immer wieder Getränke an. Die Empfehlung für die tägliche Flüssigkeitsversorgung liegt bei 1,5 Litern.
- Tägliches Spazierengehen und leichte Gymnastik sind wichtig für die körperliche Fitness.

BADEN-WÜRTTEMBERG

BDF setzt sich für Erhöhung der Reisekosten ein

Erster Erfolg: Die Streichung des Schlechtwegezuschlags konnte verhindert werden

Derzeit befindet sich der Entwurf des Finanzministeriums zur Novellierung des Landesreisekosten- und Trennungsgeldrechts in der Verbändeanhörung. Es handelt sich bereits um den zweiten Entwurf seit Ende 2016. Beim damaligen Entwurf fehlte der Schlechtwegezuschlag. Der BDF hatte über den BBW interveniert. In der jetzt vorliegenden Fassung ist er wieder enthalten – in seiner von uns 2009 erstrittenen Höhe von 5 Cent. Dies werten wir als ersten Erfolg unserer Verbandsarbeit, der sich für Mitglieder und Nichtmitglieder in Euro und Cent auszahlt! Ein Erfolg, der auch Noch-Nichtmitglieder zum Eintritt bewegen könnte.

Aktuell machen wir uns weiter stark für eine Anpassung der Kilometerentschädigung und des Schlechtwegezuschlags. Wir fordern eine Erhöhung um jeweils 3 Cent pro km auf 38 Cent bzw. 8 Cent! Dies halten wir angesichts der allgemeinen Kostenentwicklung für angemessen. Laut ADAC kostet bereits ein Kleinwagen der Marke Ford Fiesta 35 Cent pro Kilometer. Aus der leidvollen Erfahrung vergangener Jahre, in denen lange Zeit für eine angemessene Entschädigung des Einsatzes privater Kfz für dienstliche Zwecke gestritten werden musste, schlagen wir nun eine jährliche automatische Anpassung an die allgemeine Kostenentwicklung über einen Index auf der Basis der von den Automobilclubs festgestellten Kostenentwicklungen eines Modells der unteren Mittelklasse vor.

Weiter fordern wir, dass die Mitnahmeentschädigung erhalten bleibt. Das Finanzministerium will sie streichen. Für uns der falsche Weg, wenn man Anreize zur Bildung von Fahrgemeinschaften geben will. In Zeiten dringend notwendiger Reduktion von Klimagasen muss auch der Staat Anreize schaffen, Fahrgemeinschaften zu bilden, statt diese zu streichen.

Auch die Regelungen zum Tagegeld müssen aus unserer Sicht arbeitnehmerfreundlicher gestaltet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass es im Ermessen der Dienstreisenden bleiben muss, ob die Heimreise noch anzutreten ist oder eine weitere Übernachtung am auswärtigen Geschäftsort erfolgt, wenn die Rückkehr an der Wohnung erst nach 20 Uhr erfolgen würde. Das Finanzministerium will hier die Grenze auf 24 Uhr festlegen. Dies halten wir aus Gründen des Gesundheitsschutzes für nicht zumutbar, zumal dann in der Regel die gesetzlich vorgeschriebene Pause zwischen zwei Arbeitstagen von 11 Stunden nicht eingehalten werden kann.

Wir halten Sie über den Fortgang auf dem Laufenden. ■ *DH*

Landesgeschäftsstelle
Telefon (0 62 62) 92 51 25
geschaeftsstelle@bdf-bw.de
www.bdf-bw.de

BAYERN

Gemeinsam für Waldbesitzer und Wald

Minister Helmut Brunner beim traditionellen Niederbayerngespräch

Gemeinsam die besten Lösungen für die Waldbesitzer und den Wald zu finden, das war das große Anliegen von Staatsminister Helmut Brunner und den Forstleuten vor Ort beim traditionellen BDF-Niederbayerngespräch. Mit seiner ganzen Kraft und Leidenschaft werde er sich bis zum letzten Tag seiner Amtszeit für den Cluster Forst und Holz und insbesondere für den Wald und seine Bewirtschafter in Bayern einsetzen, bekräftigte dabei der Minister.

Teilnehmer des Niederbayerngesprächs (v. l.): Christian Hofherr, Ludwig Haydn, Max Hartinger, Wolfgang Pröls, Staatsminister Helmut Brunner, Klaus Wagner, Dr. Peter Pröbstle, Alfons Scherer, Thomas Kapfhammer; nicht auf dem Bild, da Fotograf: Robert Nörr

Forstverwaltung und FZUS

Große Sorge bereitete allen Gesprächsteilnehmern, dass immer mehr – und zunehmend auch größere – Wald-

besitzer das Interesse und vor allem auch das notwendige Wissen für eine sachgerechte Waldbewirtschaftung verlieren. Gerade für diese Waldbesitzer sind nachvollziehbare Aufgabenaufteilungen, noch mehr jedoch die effektive und gut organisierte Zusammenarbeit zwischen Forstverwaltung und Forstlichen Zusammenschlüssen sehr wichtig. Dennoch müssen nach den bisherigen politischen Beschlüssen alle Beraterstellen für die forstlichen Zusammenschlüsse (FZUS) in der Forstverwaltung bis zum Jahr 2019 abgebaut werden. Aus Sicht der Forstleute müssen diese politischen Entscheidungen dringend überdacht werden.

WBV: Bindeglied notwendig

Christian Hofherr, Geschäftsführer der Waldbesitzervereinigung (WBV) Viechtach, betonte die Notwendigkeit eines FZUS-Beraters als Bindeglied zwischen Forstverwaltung und WBV. Gerade in einer professionell aufgestellten Waldbesitzervereinigung wie der WBV Viechtach gehe die Entwicklung weg von einem „Berater der WBV“ hin zu einem „Zusammenarbeitskoordinator zwischen Forstverwaltung und WBV“. Der Waldbesitzer brauche beide Partner. Und auch nach dem Jahr 2019 müssen diese beiden Organisationen reibungslos Hand in Hand arbeiten.

Auch die staatlichen Förster betonten, wie erfolgreich sich der bayerische Weg der Weiterentwicklung der FZUS mit einer Mischung aus Beratung und finanzieller Förderung erwiesen habe. Aus Sicht des BDF sollten auch nach dem Jahr 2019 alle effizienten FZUS auf Wunsch einen Koordinator als Ansprechpartner erhalten können. Hierfür seien aber neue Stellen erforderlich, da der derzeit vorgegebene Personalabbau von einer vollständigen Abschaffung der FZUS-Beratung ausgehe. So „einfach nebenbei“ könne diese wichtige Aufgabe nicht erfüllt werden. Vielmehr sei hierfür ein exakter Arbeitszeitanteil auszuweisen und – anders als bisher – auch mit einem tatsächlichen Stellenanteil zu hinterlegen.

Minister: Grundsatzentscheidung noch 2017

Der Minister war ebenfalls der Meinung, dass die Weichen für eine Neuausrichtung bald gestellt werden müssen: Die Herausforderungen wie Waldumbau und Strukturwandel bei den Waldbesitzern werden zunehmen und die Waldbesitzer mehr Unterstützung benötigen als je zuvor. Der Forstminister kündigte daher eine Grundsatzentscheidung über die Weiterentwicklung der FZUS-Beratung noch für das Jahr 2017 an. Darin soll die künftige Ausrichtung der Zusammenarbeit festgelegt werden.

WBV: Effektive Förderung der FZUS

Die finanzielle Förderung der FZUS bezeichnete die WBV Viechtach als sehr effektiv und gut handhabbar. Auch die Abwicklung laufe sehr gut und fehlerlos. Eine große Herausforderung sehe die WBV aber in den zunehmenden Aufgaben und insbesondere in der Nachfrage nach Waldpflegeverträgen. Die überwiegend sehr kleinen Waldpflegeverträge könnten nicht kostendeckend angeboten werden, gleichzeitig steige das Interesse daran sprunghaft. Die WBV müsse daher überlegen, ob sie für Waldpflegeverträge zusätzliches Personal anstellt. Für so eine folgenschwere Entscheidung benötige jeder FZUS eine verlässliche langfristige Perspektive der finanziellen Förderung.

Brunner für langfristige FZUS-Förderung

Die Erhöhung der FZUS-Förderung von drei auf fünf Millionen Euro im Rahmen des Waldpaktes hat sich aus Sicht von Minister Brunner als großer Erfolg erwiesen. Die Gemeinwohlaufgaben der FZUS seien unumstritten, deren Förderung eine wichtige Aufgabe. Gerade die Waldpflegeverträge bezeichnete Brunner als vordringliche Aufgabe der FZUS. Da diese insbesondere bei kleinen Waldflächen nicht kostendeckend angeboten werden können, sei auch langfristig finanzielle Förderung notwendig. Er werde sich weiterhin für entsprechend langfristige Förderperspektiven und damit Planungssicherheit für die FZUS einsetzen.

BDF: Stellenabbau als größtes Problem

Als das größte Problem in der Forstverwaltung bezeichnete der BDF die unverminderte Weiterführung des massiven Stellenabbaus. Im staatlichen Forstbereich seien seit 1993 knapp 3.100 Arbeitsplätze, das sind über 44 %, abgebaut worden. Gleichzeitig ist – für jeden offensichtlich – das Aufgabenspektrum der Forstverwaltung gerade in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen. Dem BDF sei dies in allen politischen Gesprächen auch übereinstimmend bestätigt worden. Es sei daher völlig unverständlich, warum die bayerische Politik dennoch am drastischen Stellenabbau in der Forstverwal-

Neue Funktionen bei der CSU-Fraktion

MdL Ingrid Heckner ist neue stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CSU-Fraktion. Sie folgt auf Kerstin Schreyer, die am 1. März ihr neues Amt als Integrationsbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung antritt. Heckner erhielt 97 Prozent der Stimmen: „Ich trete meine neue Aufgabe mit großer Motivation und Freude an. Besonders das breitere Spektrum an Themen reizt mich sehr. In meiner neuen Funktion möchte ich mein Bestmögliches dazu beitragen, unsere erfolgreiche Politik weiterzuführen.“

Nachfolger von Heckner als Vorsitzende/-r des Arbeitskreises Fragen des öffentlichen Dienstes der CSU-Fraktion ist MdL Tobias Reiß. Ein erstes Gespräch wird gerade terminiert

tung festhalte. Im Gegensatz dazu müssen die meisten anderen bayerischen Ressorts den Stellenabbau nicht erbringen oder haben sogar heute mehr Stellen als zu Beginn der Verwaltungsreform. Diese Ungleichbehandlung finde bei uns Forstleuten mittlerweile keinerlei Akzeptanz mehr.

Brunner: Stellenabbau überdenken

Der Staatsminister bestätigte, dass in der Forstverwaltung nach aktuellem Stand noch 68 Planstellen abzubauen seien. Er bekomme aber zunehmend Unterstützung, dass der Personalabbau nach Art. 6 b Haushaltsgesetz gerade für die Forst- und Landwirtschaftsverwaltung überdacht werden müsse.

Hohe Nachfrage nach Förderung

Übereinstimmend wurden die waldbauliche Förderung und ihre Umsetzung von WBV und Forstverwaltung gelobt. Trotz einer Erhöhung um drei Millionen Euro gibt es aber einen finanziellen Engpass, der zu Prioritätensetzungen zwingt. Für die Förster vor Ort ist wichtig, dass die Wiederaufforstung uneingeschränkt förderbar bleibt, da die Region um Regen durch einen Frühjahrssturm stark betroffen wurde. Wichtig wären aber auch Naturverjüngung und vor allem die Pflege. Entscheidend für die Akzeptanz und Nachfrage der Förderung sei, dass Fördermittel kontinuierlich zur Verfügung stehen, betonte der BDF.

Für Staatsminister Brunner ist die hohe Nachfrage nach Förderung nicht nur ein Zeichen ihrer Praktikabilität, sondern auch der sachlichen Notwendigkeit. Schwerpunktsetzungen auf Maßnahmen zur Schadensbewältigung nach Sturm Niklas und Borkenkäfer seien daher in den Jahren 2016 und 2017 notwendig geworden. Er werde sich dafür einsetzen, dass im Nachtragshaushalt zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Die Beratungen hierzu werden sich aber bis ins Jahr 2018 hineinziehen.

BDF: Praktikable EDV

Die Privatwaldförster betonten, wie wichtig ein gut funktionierendes GPS-Gerät in ihrer täglichen Arbeit sei. Hinsichtlich der dringend erforderlichen Ersatzbeschaffung sprachen sie sich einhellig für ein praxistaugliches externes GPS-Gerät aus, mit dem jeder Revierleiter ausgestattet werden soll. Die Alternative, eine Zusatzantenne am Toughbook, sei gerade im unwegsamen Gelände zu unhandlich.

Zur geplanten Fachanwendung „Beratung und Kundenpflege“ gebe es viele Befürchtungen. Für eine breite Akzeptanz müsse sie so ausgestaltet werden, dass der Erfassende einen Nutzen davon habe und die Dienstvereinbarung eingehalten werde. Positiv werde die angekündigte Überprüfung mit einem Probebetrieb an einigen Ämtern gesehen.

BDF: Bessere Stimmung in den BaySF

Der Wechsel des Vorstandsvorsitzenden wird von den Mitarbeitern weiterhin positiv beurteilt. Sie haben den Eindruck, der neue Vorstandsvorsitzende Martin Neumeyer nehme die Sorgen und Probleme der Mitarbeiter wirklich ernst. Generell befinden sich die Bayerischen Staatsforsten (BaySF) auf Konsolidierungskurs. Trotzdem hat sich bei der letztjährigen Mitarbeiterbefragung gezeigt, dass die Betriebszufriedenheit bei den meisten Forstbetrieben im Vergleich zu anderen auditierten Firmen immer noch großes Steigerungspotenzial aufweist – sicher auch noch eine Hypothek der Vergangenheit. Größere Abweichungen der einzelnen Betriebe sind mit der Situation vor Ort zu erklären. So gebe es teilweise weiterhin Probleme mit der Ausgestaltung der Servicestelle sowie der Prämienvergabe an Mitarbeiter. Die hierarchische Struktur mit ihrer starken Zentralisierung in Regensburg wird häufig weiterhin sehr kritisch gesehen.

BDF: Waldarbeitersituation in der Region

Sehr positiv wurde am örtlichen BaySF-Forstbetrieb Bodenmais die rasche und unbürokratische Einstellung von drei Forstwirten aufgenommen. Nach fast 20 Jahren Einstellungsstopp eine dringende Maßnahme, um der hohen Überalterung der Waldarbeiterschaft entgegenzuwirken. Während im Nachhaltigkeitskonzept II nur eine Einstellung von 15 Waldarbeitern pro Jahr vorgesehen war, sollen nun bayernweit zwischen 25 und 35 Waldarbeiter einen Arbeitsvertrag erhalten. Eine sehr positive Entwicklung! Wird doch vielfach gefordert, dass jedes Revier wieder mit einer schlagkräftigen Stammwaldarbeiterrotte von mindestens drei bis vier Mann ausgestattet werden sollte. Vorteile wären deren sehr gute Ortskenntnis, eine viel höhere Flexibilität besonders bei ZE-Anfällen und ein viel größeres Engagement für „ihr“ Revier und „ihren“ Wald. Der BDF schlug darüber hinaus flexible Arbeitsmodelle für junge Waldarbeiter vor, z. B. mit Abordnungen im Winter ins Flachland und Verbleib im Heimatbetrieb im Sommer.

Dringend zu verbessern sei die Betriebszufriedenheit der Waldarbeiter. Diese werde zwar auch durch eine bessere Betriebsmittelausstattung, aber in weit höherem Maß durch eine bessere Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit erreicht.

Schließlich müssten bei der Waldarbeit für Waldarbeiter und Unternehmer gleiche Standards und Rahmenbedingungen gelten. Der BDF regte an, für einen fairen Vergleich der Kosten zwischen Waldarbeitern und Unternehmern zumindest stichpunktartig Studien durchzuführen, die neben einer umfassenden Gesamtkostenrechnung inklusive Folgekosten auch Qualitätsaspekte bewerten sollen.

BDF: Revierkennzahl

Die Revierkennzahl wurde im Dialog mit allen Beteiligten entwickelt und erhielt damit breite Akzeptanz. Der Versuch, die Arbeitsbelastung bayernweit etwas gerechter zu verteilen, wird positiv anerkannt. Ihre Aussagekraft geht jedoch nicht so weit, dass sie exakte Aussagen über die Belastung jedes einzelnen Kollegen treffen kann. Zudem würden die Besonderheiten mancher Betriebe nicht ausreichend abgebildet, wofür Zuschläge eingeführt werden sollten. Es wurde vorgeschlagen, das Berechnungsschema auch an die Forstbetriebe weiterzugeben. Damit können die Betriebe die Auswirkungen von Flächenverschiebungen und Organisationsvarianten selbst berechnen und pragmatische Lösungen für den Ausgleich unterschiedlicher Arbeitsbelastung finden.

BDF: Örtliche Revierleitersituation

Die Gesamtverantwortung im Revier geht aus Sicht der Revierleiter vor Ort nicht mit entsprechenden Kompetenzen einher. So müsse der Revierleiter in seinem Revier der Ansprechpartner für Waldarbeiter und Unternehmer sein. Auch für Vereinbarungen in Zusammenhang mit dem örtlichen Einsatz sollten die jeweiligen Revierleiter zuständig sein.

BDF: Nachhaltigkeit entscheidend

Zentrales Thema in den Bayerischen Staatsforsten bleibt weiterhin die Nachhaltigkeit. Auf eine zu starke Konzentration des regionalen Einschlags auf die mittelstarke Fichte wurde schon seit Jahren hingewiesen. Die Inventurergebnisse der laufenden Forsteinrichtung werden dies sicherlich aufzeigen.

Als große Gefahr für die künftige Nachhaltigkeit kann aus Sicht des BDF die völlig überhöhte Gewinnabführung in der Haushaltsvorgabe des Landtags gesehen werden. Durch die Niedrigzinspolitik der EZB sei eine entsprechende Ausschüttung kaum mehr möglich. Der laufende Geschäftsbetrieb der BaySF könne – wie auch bei anderen Unternehmen im Freistaat – hierauf keinerlei Einfluss ausüben. Bleibt diese politische Vorgabe der Gewinnabführung bestehen, kann dies die Nachhaltigkeit des Staatswaldes bedrohen.

Abschließend bedankte sich Thomas Kapfhammer im Namen des BDF herzlich bei Staatsminister Helmut Brunner für den sehr offenen und konstruktiven Austausch. Ein besonderer Dank gilt unserem Gastgeber – Alfons Scherer –, der wieder keine Kosten und Mühen gescheut hat, dem Niederbayerngespräch einen gemütlichen und kulinarisch hervorragenden Rahmen zu geben. ■

Interview mit Tobias Büchner

Wir veröffentlichen in loser Reihenfolge Interviews mit unseren neuen Vertretern im Landesvorstand und Landeshauptvorstand. Unser Landesvorsitzender Bernd Lauterbach hat sich bereits umfassend vorgestellt; die Vorstandsmitglieder Wolfgang Pröls und Klaus Wagner sind den meisten bekannt. Wir beginnen mit Tobias Büchner. Er hat sich in kürzester Zeit sehr intensiv in die vielfältigen Themen eingearbeitet und bringt sich mit riesigem Engagement ein. Schon einmal herzlichen Dank dafür!

BDF aktuell: Hallo, Tobias, du bist seit August 2016 im Hauptpersonalrat (HPR) und seit Oktober 2016 im Vorstand des BDF Bayern. Wie hat sich dadurch dein Leben verändert?

Durch die Arbeit im BDF Vorstand und im HPR ist der Arbeitsumfang, wie bereits erwartet, deutlich angestiegen. Das bedeutet in allen Arbeitsbereichen: Prioritäten setzen und „dranbleiben“. Ohne das Teamwork der engagierten Kolleginnen und Kollegen in den Gremien und im Berufsverband wäre die Fülle an Aufgaben und Themen inzwischen kaum zu bewältigen, zumal mich auch mein Forstrevier zusätzlich zu meinen Ehrenämtern nach wie vor noch stark fordert.

BDF aktuell: Welche Schwerpunkte siehst du derzeit in der HPR-Arbeit?

Im operativen Tagesgeschäft gilt es, eine Vielzahl von Personalmaßnahmen im Ressort für die Sitzungen vorzubereiten und abzuarbeiten. Der HPR nimmt hier sein Mitbestimmungs- bzw. Mitwirkungsrecht im Sinne des Personalvertretungsgesetzes wahr. Dabei umfasst unser Geschäftsbereich bayernweit über 7.000 Mitarbeiter. Durch den zweistufigen Aufbau der Forstverwaltung, die keine Mittelbehörde mehr besitzt, kommen überproportional viele Personalmaßnahmen vom Forst in den HPR, während ein Großteil beispielsweise aus dem Bereich Landwirtschaft bereits auf der Ebene des Bezirkspersonalrates entschieden wird. Diese Einzelmaßnahmen beanspruchen Zeit und unterliegen der Schweigepflicht. Deshalb wird das Wirken des Hauptpersonalrates von vielen Beschäftigten meist nicht in seinem vollen Umfang wahrgenommen. Oft treten wir als „Problemlöser“ oder Vermittler in schwierigen Fällen auf. Nach außen bekannt werden dann manchmal die Fälle, die wir nicht zur vollen Zufriedenheit unserer Mitarbeiter lösen können. Das Personalvertretungsgesetz gibt uns hierbei vielfach enge Grenzen und damit begrenzte Handlungsspielräume vor.

Tobias Büchner hat sich in kürzester Zeit sehr intensiv in HPR und BDF-Vorstand eingearbeitet und bringt sich mit riesigem Engagement ein. Danke!

BDF aktuell: Was sind aus deiner Sicht momentan die größten Herausforderungen in der HPR-Arbeit?

Das Gremium des HPR hat als oberste Dienstpflicht u. a. die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber, also der Verwaltungsspitze. Dies gilt insbesondere für den Stellenabbau in den drei Verwaltungen Forst, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung oder auch für Behördenverlagerungen. Der Kontakt zu den einzelnen Fachreferaten ist dabei besonders wichtig.

Das politische Festhalten am Personalabbau im Forst führt inzwischen zu einem immer schärferen Missverhältnis zwischen den von uns geforderten Aufgaben und der dafür vorgesehenen Personalausstattung. Die Verwaltung des Mangels ist an der Tagesordnung und damit weder für die Personalabteilungen noch für Personalvertreter ein einfaches Geschäft.

Gemeinsam versuchen wir jedoch, diesen Weg im besten Sinne für unsere Mitarbeiter zu gehen.

Eine gerechte Verteilung von Aufgaben und Arbeit auf die Beschäftigten sowie der Schutz von Mitarbeitern vor inzwischen v. a. psychischer Überlastung vor dem Hintergrund der Digitalisierung spielen hier u. a. eine wichtige Rolle.

BDF aktuell: Und die wichtigsten Themen im BDF-Landesvorstand?

Nach einem guten Start unseres neuen Landesvorsitzenden Bernd Lauterbach gilt es, jetzt in der Ära nach Gunther Hahner die bewährten BDF-Strukturen am Laufen zu halten und weiterzuentwickeln. Neben den erfahrenen und langjährigen Funktionsträgern suchen wir immer auch nach neuen Ideen und neuen Forstleuten, die diese wertvolle Verbandsarbeit weitermachen. Insbesondere junge Kolleginnen und Kollegen sind zur „Verjüngung" des BDF Bayern herzlich willkommen. Wir sind hier momentan gut unterwegs. Neben dem Aufbau der Verbandsstrukturen ist die politische Arbeit des BDF weiterhin das wichtigste Ziel. Ohne einen intensiven Kontakt und Dialog mit den Entscheidern zu forstlichen Themen ist das nicht zu machen. Diese Arbeit ist höchst anspruchsvoll und zeitintensiv, aber auch der Schlüssel zum Erfolg für uns Forstleute.

BDF aktuell: Ist es schwierig für dich, deine Funktion als BDF-Vertreter und HPR-Mitglied zu trennen?

Sowohl Verband als auch Personalvertretung setzen sich für ihre Mitarbeiter ein. Es liegt also in der Natur der Sache, dass es deshalb fast immer größere inhaltliche Schnittmengen der beiden Bereiche gibt – und das ist auch gut so. In diesem Sinne wurde auch jedes HPR-Mitglied auf einer Liste eines Berufsverbandes in das Gremium gewählt.

Im HPR zählen jedoch nicht einzelne Verbandsinteressen, sondern die Zuständigkeit und der Handlungsrahmen des Personalvertretungsgesetzes. Diese Trennung ist sehr wichtig und muss den Beschäftigten auch von Zeit zu Zeit erklärt werden. Der HPR etwa kann Grundsatzentscheidungen über Aufgabenschwerpunkte in einer Verwaltung i. d. R. nicht inhaltlich infrage stellen, sondern ist in erster Linie zuständig für eine sozialverträgliche Umsetzung und den Schutz der Beschäftigten. Ein Berufsverband ist hier viel freier bei der Festlegung seiner Ziele und kann auch politisch aktiv werden.

BDF aktuell: Hast du Wünsche an unsere Mitglieder?

Ihr alle seid BDF, bitte bringt euch aktiv in die Verbandsarbeit ein, dann können wir auch weiterhin viel bewegen … ■

Landesgeschäftsstelle
Telefon (0 92 66) 9 92 11 72
info@bdf-bayern.de

Oberpfalz: Öffentlichkeitsarbeit in Wald und Forst

Passend zu den Titelthemen der März- und Aprilausgabe von BDF aktuell stellte Bezirksvorsitzender Oswald Hamann die diesjährige Bezirksversammlung des BDF Oberpfalz unter das Motto „Öffentlichkeitsarbeit in Wald und Forst".

Ohne Aufklärung kein Verständnis

Wie wichtig gute Kommunikation für uns und unseren Wald ist, betonte der Leiter der Bayerischen Forstverwaltung, Ministerialdirigent Georg Windisch, vor den über 70 anwesenden Försterinnen und Förstern. „Machen Sie Aufklärung, dann vermeiden Sie negative Online-Petitionen." Die Bevölkerung müsse gemeinsam von Forstverwaltung, BaySF und Forstlichen Zusammenschlüssen informiert werden, wann und warum im Wald gearbeitet wird. Sonst entstehe bei den Erholungssuchenden kein Verständnis für Veränderungen im Waldbild, für Waldarbeiter, große Forstmaschinen und zeitweilig verdreckte Wege.

Öffentlichkeitsarbeit durch Mitarbeiter

Martin Neumeyer, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Staatsforsten AöR, brach eine Lanze für verstärkten Dialog mit der Gesellschaft und kann sich eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit zusammen mit den Kollegen der Forstverwaltung sehr gut vorstellen. Der Dreiklang aus „Tun, Erklären, Zeigen der nachhaltigen Waldbewirtschaftung" sei Grundlage gesellschaftlicher Akzeptanz für das Wirtschaften im

Der neue Bezirksvorstand Oberpfalz (vorn, v. r.): Stellvertreter Alwin Kleber, Bezirksvorsitzender Oswald Hamann; mit dabei: Martin Neumeyer, Vorstandsvorsitzender der BaySF, und Landesvorsitzender Bernd Lauterbach

Wald. „Wir müssen den Menschen erklären und zeigen, was wir Gutes tun.“ Das Thema Wald dürfe man nicht anderen überlassen. „Wir müssen selbst mit der Bevölkerung sprechen.“ Neben den modernen Kommunikationsmitteln wie Facebook und YouTube muss die Öffentlichkeitsarbeit durch die Mitarbeiter erfolgen, wofür ausreichend Personal erforderlich sei. Allerdings können Zeitanteile hierfür nur innerhalb der bestehenden Strukturen berücksichtigt werden und nicht durch Erhöhung der Revierzahlen; diese aber, so versicherte Neumeyer, werden nicht infrage gestellt.

FOTOWETTBEWERB ZUM WALDGEBIET DES JAHRES 2017

Das AELF Kulmbach veranstaltet einen Fotowettbewerb zum Frankenwald als Waldgebiet des Jahres 2017. Eingesendet werden können maximal fünf digitale Fotos, die im Frankenwald aufgenommen wurden. Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2017. Weitere Informationen unter http://www.aelf-ku.bayern.de/index.php.

Emotionen zur Wissensvermittlung

„Förster sind keine Menschen, die gerne in der Öffentlichkeit stehen“, so Christine Schneider, Redakteurin des BR; sie appellierte aber sogleich: „Seien Sie authentisch und sympathisch“, denn der tollste Inhalt einer Geschichte bringe nichts, wenn der Kommunikator schlecht sei. Emotionalität ist ein besonders wichtiger Faktor bei der Wissensvermittlung. Selbst Holzernte kann etwas Faszinierendes sein, wenn sie entsprechend verpackt wird. Wenn Themen von ihr aufgegriffen werden, dann nicht aufgrund von Pressemitteilungen, sondern „weil sie auf der Straße liegen“. Derzeit sei sie noch nicht mal im Presseverteiler. Sie stellte allerdings auch fest, dass es wohl eine gewisse Diskrepanz zwischen der Eigenwahrnehmung der Forstleute und der Wirkung der Öffentlichkeitsarbeit beim Fachjournalismus bzw. der breiten Öffentlichkeit gebe.

Alles Förster?

Sehr kurzweilig und humorvoll berichtete Frau Schneider noch davon, wie denn ihre Freunde, Bekannten und Kollegen über den Wald und die Förster denken. Als Resümee kann man wohl sagen, dass „Otto Normalverbraucher“ nicht zwischen Jägern, Waldbesitzern oder Förstern der verschiedenen Besitzarten unterscheidet und dies wohl auch gar nicht kann. Forstliche Öffentlichkeitsarbeit kommt derzeit nicht in dem Ausmaß in der breiten Bevölkerung an, wie das wünschenswert wäre.

Neuer Bezirksvorstand

Der interne Teil der Versammlung stand heuer ganz im Zeichen der Neuwahlen. Neben den verschiedenen Vertretern der Beschäftigtengruppen, der Bezirks- und Kreisvorstände wurde auch die Senioren- und Jugendvertretung neu gewählt. Mit Yvonne Wolfrum von der WBV Nabburg-Burglengenfeld konnte heuer auch der neu geschaffene Posten des Vertreters Forstlicher Zusammenschlüsse besetzt werden.

Der wiedergewählte Bezirksvorsitzende Oswald Hamann und Landesvorsitzender Bernd Lauterbach bedankten sich bei allen ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern und freuten sich über alle neuen Vorstandskolleginnen und -kollegen und v. a. darüber, dass alle Posten besetzt werden konnten.

Nach dem Tätigkeitsbericht des stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Alwin Kleber informierte Landesvorsitzender Bernd Lauterbach über die aktuelle Berufs- und Verbandspolitik und konnte mehrere Mitglieder für 25-, 40- und sogar 50-jährige Mitgliedschaft ehren. ■ *Oswald Hamann, Bezirksvorsitzender*

Kunstausstellung Kronach

Das Waldgebiet des Jahres lebt weiter! Landrat Franz Löffler eröffnete eine Kunstausstellung des Frankenwaldgymnasiums im Landratsamt. Die Werke wurden zur Auftaktveranstaltung des BDF in Neufang geschaffen und sollten aufgrund ihrer Qualität einem breiten Publikum gezeigt werden. Damit transportieren die Kunstwerke die Idee des Frankenwalds und seiner Bewirtschaftung auf eine attraktive Art und Weise. Auf dem Bild: Landrat Franz Löffler, Forstbetriebsleiter der BaySF Peter Hagemann und der stellvertretende Forstbetriebsleiter Nordhalben Gerhard Müller, der sich um die Ausstellung kümmert

Beamtendarlehen 10.000 - 120.000 €
Vorteilszins für den öffent. Dienst
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 40 Jahren.
Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de
Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Prüfungsübung für Forstreferendare

Forstreferendare des Prüfungsjahrganges 2015/2017 mit BDF-Prüfer in Ebrach

Seit 2015 führt der BDF neben den bekannten Forstanwärterübungen auch für Forstreferendare eine Prüfungssimulation zur Vorbereitung auf die Große Forstliche Staatsprüfung durch. In diesem Jahr konnte der Organisator, Ludwig Angerer, 16 Prüferinnen und Prüfer gewinnen, die sich bereit erklärten, diese Prüfungssimulation für die Referendare durchzuführen. Der besondere Wert dieses Tages für die jungen Kolleginnen und Kollegen ist dabei, dass ihr Können ausnahmslos mit „echten" Prüfern im scharfen Schuss getestet wird.

Das Angebot wird von den Nachwuchskräften außerordentlich geschätzt, sodass am 25. April 2017 der stellvertretende BDF-Vorsitzende Dr. Peter Pröbstle 27 Forstreferendarinnen und Forstreferendare am Forstbetrieb Ebrach begrüßen konnte.

Das Angebot bestand aus den drei Prüfungsmodulen Waldbau, Holz/Betriebswirtschaft und Rollenspiel. Neben der eigentlichen (30-minütigen) Prüfung erhielten die Referendare auch ein qualifiziertes Feedback zu ihrer Leistung und wertvolle Tipps und Hinweise. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Referendare/Referendarinnen das Angebot vollzählig angenommen haben. Die Resonanz der Prüflinge war insgesamt sehr positiv. Für uns als Prüfer war es ein anstrengender, aber auch ein erfolgreicher Tag.

Der BDF bedankt sich ganz herzlich beim Leiter des Forstbetriebs Ebrach, Uli Mergner, für die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Waldorten. Ebenso herzlich danken wir den Prüfern Wolfram Zeller, Oli Kröner, Wolfgang Grimm und Bernd Zürner (Fachprüfung Holz), Dr. Peter Pröbstle, Klaus Behr, Margret Kolbeck und Dr. Ludwig Albrecht (Fachprüfung Waldbau), Rainer Nützl, Christoph Kassian, Klaus John, Ludwig Angerer, Simone Bogendörfer und Steffen Auerswald (Fachprüfung Rollenspiel).

Wir wünschen allen Referendarinnen und Referendaren eine gute Vorbereitungszeit und eine erfolgreiche Große Forstliche Staatsprüfung. ■

Ludwig Angerer

Bereits Mitte März hat sich der neue Landeshauptvorstand konstituiert. Der Landeshauptvorstand besteht laut Satzung aus gewählten und berufenen Mitgliedern. Über die genaue Zusammensetzung wird noch berichtet

BRANDENBURG / BERLIN

Funktionalreform „mutiert" zur Forstreform

Die Verwaltungsreform 2019 soll mit der Kreisgebietsreform und der Funktionalreform die Verwaltungsstrukturen im Land „zukunftsfest" machen. Dabei muss die Funktionalreform einen „substanziellen Beitrag" zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung leisten. Andernfalls besteht die Sorge, dass die Reform einer verfassungsrechtlichen Prüfung nicht standhält.

Diese starken Worte standen am Anfang des Diskussionsprozesses. Nach einer Aufstellung der CDU-Fraktion sollten ca. 3.000 Stellen vom Land an die Landkreise verlagert werden. So sollte nach dem Willen der Landesregierung der „substanzielle Beitrag" aussehen. Nach unzähligen fachlich untersetzten Diskussionen waren es zuletzt nur noch ca. 900 Stellen. Hauptbetroffene sollten das Landesamt für Soziales und Versorgung sowie der Landesforstbetrieb mit je ca. 400 Stellen sein. Ende April wurde durch die Landesregierung offensichtlich die Absicht fallen gelassen, das Landesamt für Soziales und Versorgung zu kommunalisieren. Somit schrumpft der „substanzielle Beitrag" auf ca. 500 Stellen – fast alle aus dem Forstbereich.

Vor diesem Hintergrund hielt der Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft Jörg Vogelsänger anlässlich der Mitgliederversammlung des Brandenburger Waldbesitzerverbandes Ende April in Potsdam ein Grußwort. Dabei ging er unter anderem auf die angedachte Kommunal- und Funktionalreform in Bezug auf die Brandenburger Landesforstverwaltung ein. Er sprach in

diesem Zusammenhang von einer „Forstreform“. Der folgende Auszug entspricht beinahe wörtlich seinen Ausführungen:

Jörg Vogelsänger zur Forstreform

Es wird bei der Forst nach 25 Jahren endlich etwas geklärt. Das Gerüst ist nicht ehrlich, das haben meine Vorgänger nicht lösen können. Wir haben bisher von den Holzpreisen gelebt. Wir werden 3 starke Säulen schaffen, einen leistungsfähigen Landesforstbetrieb, das über Brandenburg bekannte LFE (Landeskompetenzzentrum Forst Eberswalde) wird gestärkt und in den Landkreisen wird es viele Synergien geben.

Wichtig ist mir:

- dass wir für die Menschen da sind,
- ich wünsche uns Zuversicht für die angedachten Veränderungen,
- dass es so organisiert ist, dass es funktioniert.

Wir brauchen 2 Jahre, bis das alles funktioniert, das ist mein Anspruch. Erst nach der Einigung mit dem Innenminister wird es Zahlen geben. Die Entscheidung zur Forstreform ist gefallen.

Instinktlosigkeit oder Geringschätzung?

Da steht man als Beschäftigter zunächst fassungslos daneben – Instinktlosigkeit und Geringschätzung sind die ersten emotionalen Reaktionen auf solche Äußerungen.

Für den BDF ging Martin Krüger in der Diskussion auf die Ausführungen des Ministers ein. Er betonte, dass der weitere Abbau von über 600 Stellen in der Landesforstverwaltung bereits beschlossen sei. Dies gehe mit einer Vernichtung von gut bezahlten Tarifarbeitsplätzen im ländlichen Raum einher. Selbst vor der Kündigung von erkrankten Waldarbeitern schrecke man aktuell nicht zurück.

Die Rede des Ministers hinsichtlich der Kommunalisierung der Landesforstverwaltung bezeichnete er als schallende Ohrfeige für die, die diese Dinge auf der Fläche umsetzen müssten. Die neuen Strukturen und Zahlen für den neuen Landesforstbetrieb, das LFE und die Forstverwaltung im Landkreis seien bis heute unklar.

Für Brandenburg als das Bundesland mit der höchsten Waldbrandgefährdung gebe es bis heute keine Aussage, wie der Waldbrandschutz in Landkreisen organisiert werden solle.

Zerschlagung der Forstverwaltung für Prestigeprojekt

Die Landesregierung will offenbar mit aller Macht ihr Prestigeprojekt umsetzen. Die Forstverwaltung ist dabei der letzte Brocken, der zur Verfügung gestellt werden kann. Wir werden in den nächsten Wochen erneut die Sinnhaftigkeit des Vorhabens bei den politisch Verantwortlichen hinterfragen. Während andere Bundesländer die Einheitsforstverwaltung bis hin zur obersten Gerichtsbarkeit verteidigen, will die Brandenburger Landesregierung die Landesforstverwaltung zerschlagen und schwächt damit insbesondere den Gemeinwohlbereich.

Diesem aus unserer Sicht unsäglichen Tun kann man als Bürger des Landes nur durch Engagement bis hin zum Volksentscheid begegnen. ■

LV

Landesgeschäftsstelle
Telefon (0 30) 40 81 67 00
brandenburg-berlin@bdf-online.de
www.bdf-brandenburg-berlin.de

Exkursion der BDF-Basisgruppen in die Niederlausitzer Heidelandschaft

Die BDF-Basisgruppen Templin und Eberswalde führten am 5. Mai 2017 ihre seit Langem geplante eintägige Exkursion in die Oberförstereien Hohenleipisch und Herzberg durch. Die ausgedehnten Fraßflächen der Kiefernbuschhornblattwespe von 2016 in beiden Oberförstereien sowie ein Wiederansiedlungsprojekt des Auerhuhns im Naturpark Niederlausitzer Heidelandschaft versprachen aktuelle und interessante Einblicke.

Auerhuhnprojekt im NP Niederlausitzer Heidelandschaft

Im Laufe des Vormittags trafen die 28 Teilnehmer in der Greifvogelstation in Gorden-Staupitz auf dem Gebiet der Oberförsterei Hohenleipisch ein und wurden durch den Leiter der Oberförsterei Uwe Lewandowski und den Leiter des Naturparks Lars Thielemann herzlich begrüßt. Nach einer kurzen Einführung zur Örtlichkeit durch den Leiter der Oberförsterei ging es dem Kaffeeduft folgend in den Seminarraum der Greifvogelstation zum Vortrag über das Auerhuhnprojekt. Lars Thielemann verstand es, uns in seiner sachlichen,

Teilnehmer vor einem kahl gefressenen Kiefernaltholz

durch viele Bilder und Filmsequenzen untermauerten Ausführungen mitzunehmen, und entführte uns auf diese Weise auf eine Bildungsreise besonderer Art. Sie begann bei der jahrelangen zielorientierten Vorbereitung wichtiger Landschaftselemente wie Moore und Waldstrukturen und gipfelt im Auswildern von jährlich bis zu 60 Auerhühnern im Naturpark Niederlausitzer Heidelandschaft, in dem die letzte heimische Auerhuhnsichtung aus dem Jahre 1998 datiert ist. Die Tiere werden zuvor ehrenamtlich und mit schwedischen Helfern in Schweden gefangen. Die grandiosen Einblicke in Fangmethoden, Transport und Beobachtung der Tiere in ihrer neuen Umgebung haben die meisten von uns tief beeindruckt. Letzteres trifft übrigens auch für das außergewöhnliche persönliche Engagement von Lars Thielemann zu. Wir waren begeistert und wünschen dem Projekt den größtmöglichen Erfolg.

Fraßflächen der Kiefernbuschhornblattwespe

Nach dem Mittagessen führte uns das ungewöhnliche Fraßereignis der zweiten Generation der Kiefernbuschhornblattwespe vom September 2016 in die Oberförsterei Herzberg, um uns sowohl kahl gefressene als auch mit Pflanzenschutzmittel behandelte Kiefernbestände anzusehen. Herr Menge und Frank Pastowski vom Landeskompetenzzentrum Eberswalde, Fachbereich Waldschutz und Wildökologie, selbst Exkursionsteilnehmer, erläuterten uns die einzelnen Problemstellungen. Angefangen bei den Ausmaßen des Fraßes auf rund 30.000 ha und der Kahlfraßprognose von 5.000 ha, über die besondere Biologie dieses zur Massenvermehrung neigenden Schadinsektes bis hin zur derzeitigen Behandlungsstrategie geschädigter Kiefernbestände und natürlich zum immensen Arbeitspensum, dem die örtlichen Wirtschafter im Zuge des Monitorings und der Bekämpfungsplanung ausgesetzt waren.

Zufrieden, erschöpft und um einige wertvolle Eindrücke reicher genossen wir schließlich die Heimreise im Reisebus und schmiedeten gleich wieder Pläne für die nächste Exkursion. ■ *Vorstände der Basisgruppen Templin und Eberswalde*

HESSEN

Resolution der Jahreshauptversammlung 2017

zur künftigen Gestaltung der Waldpädagogik und des Naturschutzes in Hessen

Der BDF Hessen sorgt sich um die qualitativ hochwertige und stetige Waldpädagogik- und Naturschutzarbeit, die die mit diesem Thema betrauten Kolleginnen und Kollegen derzeit engagiert auf der Waldfläche leisten. Wir befürchten, dass diese gesellschaftlich relevante Aufgabe bei den angeordneten Zwängen auf der Strecke bleibt.

Deshalb fordern wir,

- den Umgang mit den Aufgaben Waldpädagogik und Naturschutz nicht ungesteuert in 41 Individualprozessen den jeweiligen Forstämtern zu überlassen,
- eine praktikable Lösung durch speziell damit beauftragte Arbeitsgruppen erarbeiten zu lassen, wie zukünftig diese wertvolle Aufgabe von motivierten und speziell ausgebildeten Waldpädagogen und Naturschutzpersonal wahrgenommen wird,
- eine Verzahnung der Arbeit der Arbeitsgruppen mit den tatsächlichen Entwicklungen innerhalb der KVP-Prozesse der 41 Forstämter, um eine realistische Planung zu gewährleisten,
- in Forstämtern ohne eine Funktionsstelle Waldpädagogik bzw. Naturschutz sicherzustellen, dass diese gesellschaftlich relevanten Aufgabengebiete nicht als „lästiges Anhängsel“ an ein beliebiges Revier angehängt werden, sondern auch hier eine fachlich qualifizierte und motivierte Person beauftragt wird,
- dass diese Aufgaben nur in Ausnahmefällen auf externe Personen ausgelagert werden, da „der Förster“ der Einzige ist, der eine multifunktionale Forstwirtschaft authentisch vermitteln kann und wir diese Aufgabengebiete als eine Kernkompetenz und Kernaufgabe von Hessen-Forst begreifen,
- die Attraktivität der Aufgaben Waldpädagogik und Naturschutz durch eine entsprechende Honorierung (Zulage, Beförderung/Höhergruppierung) gesteigert und die zusätzlich erworbene Kompetenz auch abgegolten wird,
- dass in einem Konzept zum zukünftigen Umgang mit der Aufgabe Waldpädagogik auch der weitere Umgang mit den Jugendwaldheimen geregelt werden muss, z. B. müssen Regelungen zur Zukunft der Jugendwaldheime und zur zukünftigen Personalausstattung getroffen werden.

Begründung:

Immer mehr Forstämter treten in den Prozess zur kontinuierlichen Verbesserung (KVP) ein und verändern im Zuge der Prozessoptimierung und auf Grundlage der vorgegebenen Rahmenbedingungen ihre Struktur. Im gehobenen Dienst wird ein Einsparpotenzial von 3 bis 4 Stellen pro Forstamt vorgesehen. Gleichzeitig unternimmt der Betrieb größte Anstrengungen, um Waldbesitzer zu akquirieren und zu binden. Einschlägige Lehrgänge werden zu Pflichtveranstaltungen für die Bereichsleitungen Dienstleistung und Hoheit. Die Forstamtsleitungen versuchen zusammen mit ihren Belegschaften, gemäß den Vorgaben aus dem 2015er-Schreiben allen Ansprüchen gerecht zu werden, und jonglieren mit

Flächengrößen, Waldbesitzarten und Funktionen.

Die verschlankten 2025 Forstämter sollen alles hergeben: optimale forstliche Bewirtschaftung aller erreichbaren Waldflächen, integrativer Naturschutz auf der gesamten Fläche inkl. eines ausgefeilten Schutzgebietsmanagements und eine moderne, qualitativ hochwertige Waldpädagogik auf der gesamten Fläche.

Der betroffene Praktiker vor Ort stellt jetzt zwei Trends fest, die sich in unterschiedliche Richtungen entwickeln. Zum einen den hohen Anspruch an die wertvolle Bildungsarbeit und eine qualifizierte Naturschutzarbeit, wie im betriebseigenen Konzept auch verankert. Zum anderen den Zwang zur einschneidenden Personalreduktion, ohne einen Blick auf die derzeitige Situation der bereits heute herrschenden Überlastung des Personals zu werfen. Welcher Forstamtsleiter kann es sich leisten, mehr als 2 Reviere aufzulösen? Und wie sollen jetzt die anderen 1–2 Stellen im gehobenen Dienst eingespart werden, wenn in einem Forstamt die Waldpädagogik und/oder die Naturschutzarbeit mit einem zu erhaltenden 0,5- oder gar 1,0-Stellenanteil eingeschätzt wurde?

Ja, wird in dem Schreiben von 2015 ausgeführt, dann soll doch ein Revierleiter bei gleicher Reviergröße, die die Nachbarn auch haben, die Funktion mit übernehmen und durch einen Forstwirtschaftsmeister unterstützt werden.

Leider ist die Zahl der Forstwirtschaftsmeister endlich. Und dieses Personal wird auch schon zur Unterstützung der Revierleiter benötigt, die gerade durch Auflösung von Forstrevieren eine Reviervergrößerung erfahren haben.

Bleibt also nur die Variante, in Schwerpunktforstämtern externes Personal einzusetzen und diese wichtige Kompetenz auszulagern? Nur „der Förster“ kann die nachhaltige und multifunktionale Forstwirtschaft authentisch vermitteln Die Försterinnen und Förster sind die Waldexperten. Dieses Feld sollten wir nicht einfach so Dritten überlassen. ■

Jahreshauptversammlung mit wegweisenden Beschlüssen

In Alsfeld begrüßte der BDF-Landesvorsitzende Dr. Gero Hütte-von Essen zahlreiche Mitglieder. Nach dem Totengedenken und den Ehrungen legte er den Tätigkeitsbericht vor und berichtete von einer Vielzahl an Aktivitäten. Prägend für das Jahr waren wohl die Personalratswahl, bei der der BDF Hessen sehr gut abgeschnitten hat, und die Onlineumfrage, die sich an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Innendienstes richtete. Nach dem Bericht des Rechtsschutzbeauftragten Martin Menke und dem Bericht des Schatzmeisters David Menke wurde der Vorstand auf Antrag entlastet. Zwar standen keine Neuwahlen an, aber da der bisherige Landesjugendleiter sein Amt niedergelegt hatte, musste ein neuer Landesjugendleiter gewählt werden. Für dieses Amt stellte sich Lukas Rippl zur Verfügung.

Nachdem alle Formalitäten abgewickelt waren, ging es an die inhaltliche Weichenstellung für das nächste Jahr. Zunächst wurde beschlossen, dass der Vorstand aus den Ergebnissen der Onlineumfrage beim Verwaltungspersonal von Hessen-Forst Arbeitspapiere entwickelt und sich damit verstärkt um diese Berufsgruppe kümmert. Als Zweites wurde die Resolution zu Waldpädagogik und Naturschutz intensiv diskutiert. Diese lag den Mitgliedern vor der Veranstaltung vor. Als Ergebnis verabschiedete das Gremium die Resolution mit großer Mehrheit in unveränderter Form. Vier Mitglieder stimmten für eine Überarbeitung, zwei enthielten sich. Die Resolution wird in der nächsten Zeit dem Landesbetrieb Hessen-Forst zugeleitet.

Nach einem interessanten Vortrag von Herrn Mincev vom BDF-Sozialwerk über die Unterschiede zwischen Amtshaftung und Diensthaftung warb Dr.

Unser Verbindungsbeauftragter für Tariffragen: David Nüchter

Die Vortragenden Heinrich Roßkopf, Heini Schmitt und Dr. Gero Hütte-von Essen (v. r. n. l.)

TERMINE

22.06.2017 Landgasthaus „Kupferschmiede“, Schotten-Rainrod: mitgliederoffene Vorstandssitzung

Gero Hütte-von Essen nochmal für die guten Leistungen, die das Sozialwerk seinen Mitgliedern exklusiv anbietet.

Im öffentlichen Teil, der sich am Nachmittag anschloss, stellte Heini Schmitt, Vorsitzender des dbb Hessen, die aktuellen Entwicklungen bezüglich der Beamtenbesoldung und der Arbeitszeit für Beamte dar. Im Anschluss hielt Heinrich Roßkopf, Mitglied der dbb-Tarifkommission, einen sehr interessanten Vortrag zum Thema TV-H und Interessenvertretung. Er stellte insbesondere heraus, dass die Arbeitgeber noch sehr verbreitet an nicht mehr aktuellen Regelungen des BAT festhalten oder beamtenrechtliche Regelungen auf Tarifbeschäftigte übertragen oder auch umgekehrt. Hier mangelt es noch an viel Aufklärungsarbeit bei den Dienststellenleitern. Die anwesenden Tarifbeschäftigten hatten viele Fragen an den Tarifexperten, der in einer sehr unterhaltsamen, dabei kompetenten Art antwortete. In diesem Zusammenhang wünschte er sich auch einen Verbindungsbeauftragten des BDF für Tariffragen, der dann in den entsprechenden Verteiler aufgenommen wird und über die Tarifentwicklungen fortlaufend informiert wird: David Nüchter, der bereits als Streikbeauftragter fungiert, stellte sich für diese Aufgabe zur Verfügung.

Dr. Gero Hütte-von Essen bedankte sich bei dem Vortragenden mit einem kleinen Präsent und schloss die Veranstaltung nach einem sehr ereignisreichen Tag mit einem Dank an alle, die den Weg nach Alsfeld auf sich genommen hatten. ■ *Sigrun Brell*

Landesgeschäftsstelle
Tel.: (0 66 31) 70 82 60
info@bdf-hessen.de

Neue Landesleitung „Junge Forstleute“

Mein Name ist Lukas Rippl, ich bin 26 Jahre alt und gebürtiger Hesse. Nach der Forstwirtausbildung und dem Fachabitur studierte ich in Erfurt Forstwirtschaft und Ökosystemmanagement. Den anschließenden Vorbereitungsdienst für den gehobenen Forstdienst schloss ich im März 2016 in Hessen ab.

Lukas Rippl

Seit Januar 2017 bin ich bei Hessen-Forst im Forstamt Romrod als Betriebsassistent tätig. Ich freue mich darauf, ab diesem Jahr auch die Interessen der jungen Forstleute vom Forstwirt über den Verwaltungsfachangestellten bis zu Förstern im gehobenen und höheren Dienst im BDF Hessen vertreten zu dürfen. ■

BDF
Besuchen Sie uns auch im Internet unter
www.bdf-online.de

WIR SUCHEN VERSTÄRKUNG!
BDF
BDF SOZIALWERK GMBH
Kaufmann/-frau für Versicherungen und Finanzen
AUSBILDUNGSSTART SEPTEMBER 2017
Wir freuen uns auf Ihre aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen!

Partner im ADMINOVA-Verbund
BDF Sozialwerk GmbH
Am Weingarten 18 • 90518 Altdorf
Tel.: 09187-4067 • Fax: 09187-4069
info@bdfsozialwerk.de • www.bdf-sozialwerk.de
Folgen Sie uns auf facebook

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Manfred Baum – neuer kommissarischer Vorstand der Landesforst MV

Sehr geehrter Herr Baum, Sie sind seit wenigen Wochen kommissarischer Leiter der Landesforstanstalt. Welches sind für Sie die größten Stärken der Landesforst?

In der über 300-jährige Geschichte hat sich die Landesforstverwaltung immer wieder neuen Herausforderungen stellen müssen. Ihre größte Stärke war und ist, dass sie hierbei zu einem ausgeglichenen Verhältnis zwischen Tradition und Veränderung gefunden hat und findet.

Wie meinen Sie das?

Erfahrung und Tradition können helfen, den richtigen Weg in die Zukunft zu finden. Die Anforderungen an die Forstverwaltung befinden sich in einem ständigen Wandel. Denken Sie an die verschiedenen historischen Formen der Waldnutzung, an den Hudewald und die Waldweide, an Köhlerei und Glasproduktion, an Jagd, Raubbau in Kriegs- und Nachkriegszeiten. Wenn es eine Kontinuität im Wald und der Forstwirtschaft gegeben hat, dann ist es erfolgreiches Veränderungsmanagement.

Heute erleben wir, wie sich das Nutzungsverhalten erneut erheblich ändert. Die Nachfrage an Freizeitaktivitäten steigt, nicht nur bei traditionellen Formen, wie Wandern, Radfahren und Reiten. Neue Formen kommen hinzu, wie Geocaching, Kletterwälder oder Gesundheitswälder. Andere Funktionen des Waldes gewinnen an Interesse, denken Sie an Waldkindergärten, Bestattungswälder oder Immissionsschutzwälder. Wir haben Erfahrungen im Umgang mit neuen Herausforderungen und das ist eine besondere Stärke.

Nun zur Landesforstanstalt als Arbeitgeber und Dienstherr. Wo sehen Sie die Attraktivität? Wo wollen Sie noch zulegen?

Die rund 1.000 Beamten und Arbeitnehmer der Landesforstanstalt haben einen verlässlichen und attraktiven Dienstherrn und Arbeitgeber. Ich meine nicht nur die Vergütung nach öffentlichen Tarifen. Attraktivität entsteht, wenn den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern interessante berufliche Entwicklungsmöglichkeiten eingeräumt werden, wenn ihnen auch in besonderen privaten Situationen Arbeitsmodelle unterbreitet werden, die eine Vereinbarkeit mit dem Beruf ermöglichen, und wenn ein berufliches Umfeld besteht, das Spaß macht.

Hier gibt es viele gute Ansätze. Nichts ist aber so gut, dass es nicht noch besser werden kann. Lassen Sie mich nur ein paar Stichworte nennen: Kommunikation und Führungskultur, Personalentwicklung, aber auch das Thema Arbeitsbelastung und leistungsgewandelte Arbeitnehmer. Attraktivität ist aber auch kein einseitiges Angebot, Attraktivität entsteht nur, wenn alle in ihrem Bereich einen Beitrag leisten.

In den letzten Jahren wurden die neuen Geschäftsfelder nur langsam entwickelt. Wie wollen Sie diese Entwicklung beschleunigen?

Die strategische Neuausrichtung der Forstverwaltung in diesem Leistungsbereich ist ein langfristiger Prozess. Der Forstminister Dr. Backhaus hat seit vielen Jahren darauf hingewiesen, dass der Wald ein Multitalent ist, mit dem man weit mehr als Holz erzeugen kann. Die Nutzung dieser Wertschöpfungspotenziale ist eine Chance für die Entwicklung des ländlichen Raumes, aber ganz besonders für die Forstverwaltung.

Es gibt natürlich kein Patentrezept und wirtschaftlicher Erfolg lässt sich nicht planen. Zur Entwicklung des Dienstleistungsbereiches haben wir jedoch kurzfristig bereits erste Schritte veranlasst. Das zuständige Fachgebiet wurde personell verstärkt, eine Stabsstelle für strategisches Management wurde eingerichtet und die Landesforst Energie GmbH wird zu einer Betriebsservicegesellschaft ausgebaut. Das sind die ersten Schritte, um den notwendigen Prozess erfolgreich zu gestalten. Aber auch hier gilt: Der wichtigste Faktor für den Erfolg ist die Leistungsbereitschaft und Kreativität der Mitarbeiter vor Ort.

Stichwort Landesforst 2020, wie stellen Sie sich die Landesforstverwaltung der Zukunft vor?

Ich hatte bereits darauf hingewiesen, dass die vielfältigen neuen Formen der Waldnutzung eine hohe Dynamik besitzen. Umso wichtiger ist, dass die Fachbehörde für den Wald, die Landesforstverwaltung, informiert, Zielkonflikte moderiert, fachlich berät und letztlich aber auch mit verwaltungs- und ordnungsrechtlichen Mitteln die Funktionen des Waldes nachhaltig sichert. Deshalb wächst die Bedeutung der Forstbehörde.

Darüber hinaus bleibt der Rohstoff Holz ein Zukunftsrohstoff, der auch klimapolitisch von herausragender Bedeutung ist. Die unterschiedlichen Nutzungen des Landeswaldes ermöglichen zusätzliches wirtschaftliches Wachstum der Landesforstverwaltung als Unternehmen.

Nicht zuletzt sehe ich steigende Nachfrage nach öffentlichen Leistungen, wie Waldpädagogik sowie waldbezogene Kultur und Bildung. Auch andere Waldbesitzer haben Anspruch auf staatliche Förderung und Beratung, denn der Nutzungsdruck trifft jeden Waldbesitzer.

Sie sehen, die Forstverwaltung der Zukunft sollte eine Dienstleistungsverwaltung für die Menschen im Lande sein. Und auf diesem Weg befinden wir uns, als Einheitsforstverwaltung, die den Sachverstand für forstfachliche Fragen bündelt und dabei öffentliche und wirtschaftliche Angebote unterbreitet. Wenn es uns intern noch gelingt, den Generationswechsel vorzubereiten, eine lebendige Diskussionskultur fortzuentwickeln und den Anteil der Frauen im Führungsbereich zu erhöhen, dann bin ich für die Forstverwaltung der Zukunft sehr hoffnungsfroh.

Sehr geehrter Herr Baum, vielen Dank für das Interview. ■

Landesgeschäftsstelle
Gleviner Burg 1
18273 Güstrow
Tel.: 03843-855332
Fax: 03843-855384
www.bdf-online.de

NIEDERSACHSEN

Bezirksversammlung Weser-Ems

Der Bezirksvorsitzende Jochen Schulze Pellengahr begrüßte am 28. März rund 20 Mitglieder aus dem Bereich Weser-Ems zu einer Sitzung. Diese war vorbereitend auf den in diesem Jahr am 8. Juni im Camp Reinsehlen stattfindenden Landesverbandstag einberufen worden.

Da der Landesverbandstag für den BDF Niedersachsen ein ganz besonderer ist, gab es viel zu besprechen: Der BDF Niedersachsen soll eine neue Satzung erhalten, die den aktuellen Bedürfnissen angepasst wird und die bisherige Struktur maßgeblich verändert. Ulrich Zeigermann, stellvertretender Landesvorsitzender, erläuterte den Anwesenden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe „Satzungsänderung". Anschließend wurde angeregt darüber diskutiert. Diese Diskussion in den Bezirken ist dem Landesvorstand wichtig, denn diese fundamentale Änderung des BDF Niedersachsen muss von einer breiten Mehrheit getragen werden. Die Probeabstimmung fiel einstimmig für die Satzungsänderung aus! Letztmalig wurden Delegierte für den Landesverbandstag gewählt. Sollte die Satzung am Landesverbandstag geändert werden, wird künftig basisdemokratisch abgestimmt werden. Das bedeutet, dass jedes einzelne Mitglied stimmberechtigt ist. Delegierte wird es dann nicht mehr geben!

Die Versammlung wurde von Jochen Schulze Pellengahr über die neuesten Entwicklungen bei den beiden großen Arbeitgebern, der Landwirtschaftskammer Niedersachsen (LWK) und den Niedersächsischen Landesforsten (NLF), unterrichtet. Besonders Erfreuliches gibt es von der LWK zu berichten: „Die LWK verbeamtet wieder!", so Schulze Pellengahr. Junge Kollegen und Kolleginnen werden, unter beamtenrechtlichen Voraussetzungen, nach einer zweijährigen Probezeit als Angestellte in das Beamtenverhältnis übernommen.

Am Sitzungsende gegen 17 Uhr wurde ein neues Treffen im Herbst 2017 beschlossen, bei dem es dann auch eine waldbauliche Exkursion geben wird. ■ *LV*

Ehrungen

Der Landesvorstand gratuliert und dankt für …

40 Jahre Mitgliedschaft im BDF:
Roman Kowalski, Grevensleben (Eintritt 1.6.1977)

Finanzministerium nimmt Ruheständler aufs Korn

Nach Jahrhunderten bewährter Tradition soll die Deputatholzregelung massiv eingeschränkt werden

Donnerschlag! Das Finanzministerium, aufgemüdet durch eine Anfrage aus dem Kommunalforstbereich, meint, einen Weg zur Verbesserung des Wirtschaftsergebnisses der Landesforsten gefunden zu haben. Ab dem 1. Mai (wohlgemerkt nicht dem 1. April!) wird die Menge des Deputatholzes für aktive Bedienstete der Landesforsten auf jährlich 15 Rm eingeschränkt und der Preis erhöht. Wie genau der Preis aussehen wird, soll in Kürze verkündet werden.

Am schlimmsten trifft es Ruheständler und Hinterbliebene. Für unsere Ehemaligen soll es künftig überhaupt kein Deputatholz mehr geben. Damit trifft es die Gruppe am härtesten, die ohnehin bereits über das wenigste Geld verfügt. Und da die Gruppe der Forstwirte (und damit auch die Witwen ehemaliger Forstwirte) vermutlich am stärksten die Möglichkeit von Deputatholz genutzt hat, verstärkt sich der Effekt noch.

Brennholzpolter

Offenkundig haben Betriebsleitung und auch die Kolleginnen und Kollegen im Landwirtschaftsministerium hart für den Erhalt der Regelung gekämpft und auch das Schlimmste, nämlich die Komplettabschaffung, verhindern können – dafür an dieser Stelle einen herzlichen Dank! Nun muss es darum gehen, vor allem den Hinterbliebenen unsere Solidarität nicht zu entziehen. Dafür werden wir uns an geeigneter Stelle einsetzen. ■ *LV*

Forstleute zwischen Anspruch und Wirklichkeit – Landesverbandstag 2017

Herzliche Einladung!

Am 8. Juni treffen sich Forstleute aus ganz Niedersachsen im Camp Reinsehlen. Inmitten einer beeindruckenden „Steppenlandschaft" liegt das Tagungshotel und öffnet Horizonte! Giraffen und Elefanten – die in die Landschaft durchaus passen würden – werden nicht in den Anblick kommen. Aber der Landesverbandstag ist eine Gelegenheit zum Wiedersehen mit Forstkolleginnen und -kollegen. Vor allem bietet er Raum zum fachlichen Austausch und zu engagierter Diskussion: „Forstleute zwischen Anspruch und Wirklichkeit" lautet die „Überschrift" des Tages.

„Steppenlandschaft" – das typische Bild der Umgebung vom Tagungsort Camp Reinsehlen

Einleitender Vortrag

Am Vormittag wird uns Frau Dr. Rosenkranz vom Thünen-Institut mit einem Vortrag zu den divergierenden gesellschaftlichen Ansprüchen an Wald und Holz in das Thema einführen.

Danach geht es bei der Podiumsdiskussion zur Sache: Wie sind die Interessen am Wald unter einen Hut zu bringen? Können Forstleute den steigenden Anforderungen noch gerecht werden? Passen die Erwartungen an die Qualität unserer Arbeit noch zum Zeitbudget, das den Förstern bei ihrem Dienst am Wald noch zur Verfügung steht?

Die Podiumsrunde

Mit Dr. Klaus Merker (NLF), Norbert Leben (Waldbesitzerverband), Dr. Rosenkranz (Thünen-Institut) und Dr. Holger Buschmann (NABU Niedersachsen) auf dem Podium wird Gelegenheit sein, Antworten auf mancherlei brennende Frage zu erhalten – oder die Diskussion zu befeuern!

BDF Niedersachsen intern – Neuausrichtung des Landesverbandes

Am Nachmittag werden bei der Mitgliederversammlung dann die Weichen für die Entwicklung des BDF-Landesverbandes gestellt: mit der Änderung von Satzung, Wahlordnung und Finanzordnung stellen wir uns neu auf – detailliert wurde hier und andernorts dazu bereits berichtet. Außerdem wird der Landesvorstand neu gewählt – nach Satzungsänderung erstmals von allen anwesenden Mitgliedern!

Also noch einmal: Herzliche Einladung! Anmelden per Mail oder Fax bei der Geschäftsstelle oder noch viel einfacher unter www.bdf-nds.de/landesverbandstag2017.de – auch, wenn der Anmeldetermin schon verstrichen ist … ■ LV

Landesgeschäftsstelle
Telefon (0 55 53) 53 53 874
bdf.niedersachsen@bdf-online.de
www.bdf-nds.de

Versammlung von Bezirksverband Hannover

Am Mittwoch, 5.4.2017, fand im Gasthaus Goltermann in Elze/Wedemark die Jahresversammlung 2017 des Bezirksverbandes Hannover statt. Von den über 120 zugehörigen Mitgliedern waren 11 anwesend: neben dem Vorsitzenden Jörg Hagemann 3 aktive Forstleute und 7 Pensionäre. In freundlich-kollegialer Atmosphäre wurde den Berichten des Vorsitzenden gelauscht und angeregt diskutiert. Neben den Berichten zu den Tätigkeiten im Tagesgeschäft und Entwicklungen in den niedersächsischen Forstbereichen stand vor allem die Vorbereitung des BDF-Landesverbandstages 2017 im Vordergrund. Dazu wurden die beabsichtigten Änderungen der Verbandsstrukturen ausführlich vorgestellt, erläutert und diskutiert. Schließlich konnten folgende Mitglieder für ihre langjährige Treue zum BDF geehrt werden: Ernst Dechow (50 J.), Georg Bonnet (60 J.), Paul-Heinz Hille (50 J.), Horst Wißmann (50 J.), Henning Böger (50 J.), Ernst-August Kiß (40 J.) ■ *UB/JH*

V. l.: Ernst Dechow (50 J.), Georg Bonnet (60 J.), Paul-Heinz Hille (50 J.), Horst Wißmann (50 J.), Henning Böger (50 J.), Ernst-August Kiß (40 J.), Hubertus Kassner, Jörg Hagemann

NORDRHEIN-WESTFALEN

Bezirksgruppe Märkisches Sauerland – zu Gast im Privatbetrieb Schloss Neuenhof

Als Rahmenprogramm der diesjährigen Jahreshauptversammlung war die Bezirksgruppe Märkisches Sauerland am 6. April zu Gast beim Privatbetrieb Schloss Neuenhof. Der Inhaber der bei Lüdenscheid gelegenen Gutsverwaltung, Graf Alhard von dem Bussche-Kessell, ließ es sich nicht nehmen, die zahlreich erschienenen Mitglieder persönlich zu begrüßen. Vom forsttechnischen Betriebsleiter Jan-Hinrich Brötje wurden anschließend im Rahmen einer Exkursion drei Waldbilder präsentiert, die zu vielfältiger Diskussion anregten. Der rund 2.000 Hektar umfassende Forstbetrieb wurde 2007 wie viele andere Betriebe in der südwestfälischen Region stark vom Orkan „Kyrill" betroffen, sodass auch hier die Waldentwicklung auf den betroffenen Flächen sehr intensiv verfolgt wird. Dabei spielen eine konsequente Bejagung, aber auch die weitergehende Ausrichtung auf Geschäftsfelder wie die Verpachtung von Weihnachtsbaumflächen eine Rolle, wie ohnehin die stark betriebswirtschaftlich angelegte Strategie typisch für eine Privatverwaltung heutiger Prägung ist.

Im Anschluss fand im sogenannten Kuhstall die formelle Jahreshauptversammlung statt. Erwähnenswert war die Ehrung der langjährigen Mitglieder Winfried Hardes und Markus Gumpricht für ihre 25-jährige Mitgliedschaft sowie Andreas Ortloff für 40-jährige Berufsverbandstreue. Bei den Wahlen wurde der aktuelle Vorstand für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Erfreulicherweise lässt sich feststellen, dass die Mitgliederzahl seit einiger Zeit stabil ist, da die Abgänge durch Neueintritte im Moment mehr als kompensiert werden. In diesem Zuge konnte der gastgebende Jan-Hinrich Brötje auch als neues Mitglied begrüßt werden.

Die diesjährigen Gastgeber (von links): forsttechnischer Betriebsleiter Jan-Hinrich Brötje, Inhaber der Gutsverwaltung Schloß Neuenhof, Graf Alhard von dem Bussche-Kessell

Die aktuellen forstpolitischen Themen wurden erwartungsgemäß stark diskutiert. Die Bezirksgruppe hatte sich diesbezüglich die Mühe gemacht und eine dreiköpfige Abordnung zu den Plenartagen nach Düsseldorf geschickt. Hier wurde im Gespräch mit Abgeordneten des hiesigen Kreises versucht, einige Aussagen zur Zukunft der Einheitsforstverwaltung und anderer Themen zu erörtern. Im Ergebnis ist klar festzustellen, dass die Landtagsabgeordneten im Themengebiet Waldwirtschaft über unzureichende Fachinformationen verfügen. Die Bezirksgruppe möchte deshalb nach der Landtagswahl den Faden wieder aufnehmen und sich als Ansprechpartner für den Bereich Waldwirtschaft bei den hiesigen Landtagsabgeordneten zeigen. Insgesamt scheint es wichtiger denn je, sich in die Meinungsbildung der politischen Entscheidungsträger einzubringen, um einer fachlichen Entfremdung entgegenzuwirken. Mit diesem Gefühl endeten mit einem deftigen Imbiss und netten Gesprächen die diesjährige Versammlung und der interessante Nachmittag. ■ *Frank Bossong*

Landesgeschäftsstelle
Telefon (0 23 94) 28 66 31
Telefax (0 23 94) 28 66 32
kontakt@bdf-nrw.de

Wald ist Zukunft BDF

Leitender Forstdirektor Dr. Dr. Ralf Faber im Ruhestand

Der leitende Forstdirektor Dr. Dr. Ralf Faber aus Lemgo ist nach 34 Dienstjahren beim Landesverband Lippe mit Wirkung zum 1. Juni 2017 in den Ruhestand getreten.

Faber wurde am 31. Dezember 1951 in Meißen/Sachsen geboren. 1957 zog seine Familie nach Hanau. Nach seinem Studium der Forstwissenschaften in Freiburg/Breisgau und Göttingen trat er zunächst in den Dienst der Hessischen Landesforstverwaltung. Seine dortigen Stationen waren die Forstämter Fritzlar und Edertal sowie die Bezirksdirektion für Forsten und Naturschutz in Kassel.

Im Jahr 1983 wechselte Faber in den Dienst des Landesverbandes Lippe, der mit rund 15.900 Hektar Wald größten waldbesitzenden Körperschaft in NRW, um die Leitung eines der damals drei verbandseigenen Forstämter, des Forstamtes Brake in Lemgo, zu übernehmen. Ab 1995 leitete er die Forstabteilung des Landesverbandes Lippe in Schloss Brake. 2003 wurde ihm schließlich die Stabsstelle für besondere Forstangelegenheiten beim Landesverband Lippe übertragen.

Seit 2001 war Faber stellvertretender Vorsitzender des Waldbesitzerverbandes der Gemeinden, Gemeindeverbände und öffentlich-rechtlichen Körperschaften in Nordrhein-Westfalen e. V. Als Mitglied im Forstausschuss bei der Obersten Forstbehörde, der Landesbetriebskommission sowie der Fachgremien des Deutschen Forstwirtschaftsrates und als Verwaltungsratsmitglied beim Kuratorium für Waldarbeit und Forsttechnik (KWF) hat er sich für die besonderen Interessen des Kommunalwaldes und einen fairen Ausgleich für die Gemeinwohlleistungen waldbesitzender Kommunen eingesetzt.

Dr. Dr. Ralf Faber promovierte an der Universität Göttingen zum Thema

LFD Dr. Dr. Ralf Faber

„Beiträge zur natürlichen Wiederbewaldung von Brachflächen“ und an der Technischen Universität Dresden zum Thema „Freiwillige Selbstbeschränkung bei forsttechnischen Handlungen im Wald und Möglichkeiten der öffentlichen und privaten Honorierung“.

Für seinen neuen Lebensabschnitt wünschen wir ihm alles Gute!

BDF-Bezirksgruppe Ostwestfalen-Lippe

Fritz Drewes aus Schieder verstorben

Am 17. April 2017 ist im Alter von 84 Jahren unser Kollege Forstamtsrat a. D. Fritz Drewes verstorben.

Der verstorbene Kollege Fritz Drewes

Aufgewachsen als jüngster von drei Brüdern auf dem väterlichen Landwirtschaftsbetrieb in dem von Wäldern umgebenen kleinen Ort Schmedissen bei Horn-Bad Meinberg, hatte er schon früh den Wunsch, Revierförster zu werden. Nach dem Abitur begann er im Jahr 1956 seine forstliche Laufbahn mit einer Lehre beim Landesverband Lippe im Forstamt Langenholzhausen.

Nach erfolgreich bestandenem Forstexamen war ab 1962 seine erste berufliche Station die Tätigkeit als Büroleiter im Forstamt Hiddesen bei Detmold. Im Jahr 1968 erfüllte sich sein Traum, in den Außendienst zu gehen. Ihm wurde das im Südosten Lippes um den 496 Meter hohen Köterberg gelegene Forstrevier Falkenhagen übertragen. Das Revier Falkenhagen ist geprägt von umfangreichen wertvollen Eichen- und Buchenwäldern, darin viele waldbaulich anspruchsvolle Bestände und Steillagen. Fritz Drewes leitete dieses Revier über beinahe drei Jahrzehnte bis zu seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst im Jahr 1997. Er tat dies mit großem fachlichen Wissen und besonderem waldbaulichen Geschick, wie der seinerzeitige Chef der Forstabteilung des Landesverbandes Lippe, der leitende Forstdirektor a. D. Manfred Ackemann, im Rahmen seiner Trauerrede anerkennend hervorhob. Zudem sei ihm immer der Blick sowohl auf Wirtschaftlichkeit als auch auf Ökologie wichtig gewesen.

Fritz Drewes trat am 1. April 1955 in den BDF ein. Er war von 1978 bis 1993 für die BDF-Liste Beamtenvertreter im Gesamtpersonalrat des Landesverbandes Lippe. Von 1972 bis 1988 leitete er als Vorsitzender die Bezirksgruppe Lippe des BDF.

Für sein erfolgreiches Wirken im Lippischen Wald und seinen Einsatz für unsere Berufsgruppe gebührt ihm unser Dank und Respekt. Seinen Angehörigen gilt unser tiefes Mitgefühl.

BDF-Bezirksgruppe Ostwestfalen-Lippe

Personalratswahlen 2017

Am 8. Mai fanden die Personalratswahlen bei Landesforsten Rheinland-Pfalz statt. Die örtlichen Personalräte, der Gesamtpersonalrat bei der ZdF (GPR) und der Bezirkspersonalrat Forsten (BPR) wurden gewählt (die Aufgaben des Hauptpersonalrats werden vom Bezirkspersonalrat mit übernommen).

Die Wahlen der örtlichen Personalräte an den Dienststellen wurden i. d. R. als Personenwahl durchgeführt.

Für die GPR- und die BPR-Wahlen hatten wir wieder einen Flyer mit den Kandidaten des BDF und mit unseren Zielen für die Wahlperiode der nächsten 4 Jahre erstellt und über die Dienststellen verteilt. Hier haben wir schon die Anregung erhalten, das nächste Mal einzelne Passfotos aufzunehmen, da doch einige der Kandidaten nicht landesweit bekannt waren. Direkt vor dem Redaktionsschluss wurden die Ergebnisse bekannt gegeben.

Im BPR Forsten ändert sich im Gesamtergebnis nichts: Der BDF hat wieder sämtliche 4 Beamtensitze. Gewählt wurden Jochen Raschdorf, Jürgen Thielen, Markus Follmann und Michael Bach. Im Bereich der Tarifbeschäftigten hat die IG BAU wieder vier Sitze. Mit Dorothee Brockmann ist auch wieder die Spitzenkandidatin unserer BDF-Liste im BPR vertreten.

Zum Redaktionsschluss hatte die Wahl des Vorstands noch nicht stattgefunden, wir gehen aber von einer Bestätigung des bisherigen Vorstands aus (Jochen Raschdorf als Vorsitzender; Siegfried Rohs (IG BAU) als Stellvertreter; Dorothee Brockmann als Stellvertreterin).

Im Gesamtpersonalrat der ZdF bleibt das Kräfteverhältnis ebenfalls erhalten. Zwar hat der BDF einen Beamtensitz verloren (3 anstelle bisher 4 von 5 Sitzen), dafür haben wir einen Sitz im Bereich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazugewonnen (2 anstelle bisher 1 von insgesamt 4 Sitzen). Die Wahlbeteiligung lag bei insgesamt erfreulichen 80 %, also so wie vor 4 Jahren.

Vielen Dank an unsere Mitglieder für die Unterstützung. Vielen Dank an alle Wählerinnen und Wähler.

Zwar war unser Wahlprogramm nicht so umfangreich wie bei den Kollegen von der IG BAU – wir hoffen aber, die für euch und für Sie wesentlichen Punkte aufgenommen zu haben. Und wir arbeiten sehr gerne in den jetzt kommenden Jahren genau an diesen Themen.

Geben Sie uns gerne Ihre Rückmeldung, per Mail, Post oder Telefonat an die Geschäftsstelle und jedes einzelne Mitglied im Landesvorstand. Herzlichen Dank! ■

Es grüßt Sie zu Beginn
der neuen Wahlperiode
Ihr Jochen Raschdorf

Landesgeschäftsstelle
Jochen Raschdorf
Telefon: (0 67 06) 91 34 74
Mobil: (01 75) 8 99 89 70
info@bdf-rlp.de
www.bdf-rlp.de

Erfolgreiche Regionalveranstaltung

zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Ruhestandseintritt

Die von den Regionalverbänden Nördliche und Südliche Pfalz im April organisierte Informationsveranstaltung zu den aktuellen gesetzlichen Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit dem Ruhestandseintritt war ein voller Erfolg. Mehr als vierzig Kolleginnen und Kollegen folgten der Einladung und wurden durch Werner Pfaff (Vorsitzender des Regionalverbandes Nördliche Pfalz) in Trippstadt begrüßt. Die große Teilnehmerzahl steht für das Interesse an diesem Thema.

Viele Zuhörer für Informationen zum Ruhestandseintritt

Gespannt folgten sie dem informativen Vortrag des Regionalvorsitzenden Südliche Pfalz und Landesvorstandsmitgliedes Ralf Konwinski. Fragen wurden unmittelbar besprochen.

Am Ende der Veranstaltung gab es noch einige berufspolitische Informationen. Im Ergebnis eine gelungene und sehr informative Veranstaltung. ■

SAARLAND

Kooperation in der forstlichen Ausbildung

Der saarländische Umweltminister Reinhold Jost und seine rheinland-pfälzische Amtskollegin Ulrike Höfken unterzeichneten Mitte März im Rahmen einer kleinen Feierstunde das Verwaltungsabkommen über die gemeinsame Ausbildung des forstlichen Nachwuchses. Die Vereinbarung regelt neben der überbetrieblichen und auch schulischen Forstwirtausbildung, die bisher an der Waldarbeitsschule in Eppelborn durchgeführt wurde, auch die Ausbildung für den gehobenen Forstdienst.

Vor allem die Forstinspektorenausbildung, die nach einer langjährigen Ausbildungspause wieder im Saarland durchgeführt wird, war jahrelang eine der Hauptforderungen des BDF Saar.

Es ist erfreulich, dass neben den zwei sich bereits in Ausbildung befindenden Forstinspektorenanwärtern auch für den kommenden Durchgang zwei neue Anwärter eingestellt werden. Somit ist der Grundstein für eine nachhaltige Nachwuchsgewinnung in den nächsten Jahren gelegt.

Gruppenbild mit Landesministern: gemeinsam für nachhaltige Nachwuchsgewinnung

Unser Dank gilt deshalb allen, die an der Umsetzung dieses Verwaltungsabkommens aktiv mitgewirkt haben. Der BDF Saar geht davon aus, dass die ausgebildeten Forstwirte und Anwärter auch nahtlos in den SaarForst Landesbetrieb übernommen werden können. ■

Landesvorsitzender
Telefon (01 60) 96 31 46 10
m.weber@sfl.saarland.de

SACHSEN

BDF Sachsen pflanzte einen Lutherbaum in Arnsfeld in Sachsen

BDF-Landesgeschäftsführer Udo Mauersberger erläutert den Arnsfeldern, warum der Lutherbaum gepflanzt wird

Der Landesverband Sachsen des BDF pflanzte am Ostersonntag dieses Jahres gemeinsam mit dem Bürgermeister von Mildenau Andreas Mauersberger einen Lutherbaum in Arnsfeld. Der Landesverband ist Mitglied in der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald. Udo Mauersberger als Landesgeschäftsführer des BDF Sachsen tat dies stellvertretend für die Waldfreunde der Schutzgemeinschaft, die sich im „Lutherjahr“ vorgenommen haben, bundesweit 500 Apfelbäume zu pflanzen. 2017 jährt sich die Reformation Martin Luthers zum 500. Mal – ein Ereignis, das in Deutschland und der Welt als Ausgangspunkt religiöser, sozialer, gesellschaftlicher und politischer Veränderungen gilt und das eines der großen Ereignisse in der Weltgeschichte ist.

„Wenn ich wüsste, dass morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Diesen Satz sagte Martin Luther. So ist es überliefert. Ob der Reformator das wirklich so gesagt hat, ist umstritten. Aber diese Art von trotziger Zuversicht kann man Martin Luther getrost in den Mund legen. Es heißt wohl nichts anderes als: Mag die Welt untergehen, ich glaube trotzdem an eine Zukunft! Das ist typisch Luther.

Den Glauben an die Zukunft behalten tut uns not. Es ist gerade das Fruchtbare des Apfelbäumchens, welches stellvertretend dafür steht. Wenn heute Menschen Zerstörung erleben, dann möchten wir nicht aufhören zu

glauben, dass Neues wachsen kann. Gerade jetzt, wenn wir das unglaubliche Elend der Menschen sehen, das Elend im Nahen Osten, in Somalia oder in der Ukraine. Wo man wirklich den Eindruck bekommt, da geht gar nichts mehr. Wir wünschen diesen Menschen dort, dass ihnen ihr Glaube oder das Leben eine Hoffnung gibt: Das Leben geht weiter, es gibt einen neuen Anfang!

Bei den Pflanzungen liegt uns ein besonderes Augenmerk auf alten Apfelsorten und dem Wildapfel. Alte Obstsorten sind in der modernen Agrarlandschaft nur noch äußerst selten anzutreffen. Sie stellen ein über Jahrhunderte selektiertes genetisches Potenzial dar. Der Erwerbsobstbau in Deutschland bringt nur etwa 20 Sorten Äpfel in den Handel. Unsere heutigen Sorten sind an die momentanen Verbraucherwünsche angepasst, genetisch jedoch verarmt. Pomologen schätzen, dass ca. 1.500 alte Apfelsorten in Deutschland existieren. Immer wieder werden neue Sorten entdeckt. Mit dem Erhalt alter Obstsorten wollen wir die Vielfalt, die unsere Lebensgrundlage garantiert, fördern. Aus diesem Grund pflanzten wir eine rote Goldrenette „Freiherr von Berlepsch“.

Einen Apfelbaum pflanzen – das heißt für uns weiterschauen, über den eigenen Horizont hinaus. Es ist typisch bei uns, finde ich, in unserer sehr egozentrischen Gesellschaft: Wenn Menschen das Gefühl haben, da kommt etwas Bedrohliches, dann ist die Reaktion: Ich bringe noch schnell mein Hab und Gut ins Trockene. Da möchten wir uns als Förster anders verhalten. Erst recht da, wo es auf Kosten anderer geht. Da, wo Menschen wegrennen, da möchten wir neu anpflanzen. Und so haben wir, wenn auch morgen die Welt noch nicht untergeht, am 16. April 2017 ein Zeichen gesetzt. Ein Zeichen gegen Resignation, Weltschmerz und Verdruss. Wir wollten den Menschen um uns herum zeigen, dass uns die Welt nicht egal ist und wir uns selbst auch nicht nur am nächsten sind. So wie Förster eben sind, aufs Gemeinwohl bedacht. ■ *Udo Mauersberger*

Landesgeschäftsstelle
Telefon (03 73 43) 21 97 66
bdf-sachsen@gmx.de

Bürgermeister Andreas Mauersberger (r.) und Udo Mauersberger am Lutherbaum vor der Kirche zu Arnsfeld

VERBAND DER BUNDESFORSTBEDIENSTETEN

Wahlergebnis BDF-Bundesforst

Am 18.04.2017 haben Neuwahlen beim BDF-Bundesforst stattgefunden. Folgende Personen wurden gewählt:

Geschäftsführender Vorstand:

- 1. Vorsitzender: Arno Fillies
- 2. Vorsitzender: Björn Wicks
- Geschäftsführer: Sebastian Bicher
- Schatzmeisterin: Ursula Leykauf-Ahnert
- Schriftführerin: Kathrin Müller-Rees

Erweiterter Vorstand:

- Laufbahnvertreter höherer Dienst: Alexander Krone
- Laufbahnvertreter gehobener Dienst: Lutz Saling
- Laufbahnvertreter mittlerer Dienst: Reiner Künstler
- Vertreter der Tarifbeschäftigten: Joachim Simon
- Jugendvertreter: Christian Jeschke
- Ruhestandsvertreter: Horst Klein

Delegierte:

- Bezirk West-Mecklenburg/Holstein: Ulf Steinbrück
- Bezirk Vorpommern/Strelitz: Klaus Reimers
- Bezirk Niedersachsen: Michael Becher
- Bezirk Sachsen-Anhalt: Daniel Andrick
- Bezirk Berlin/Brandenburg: Stefan Sondermann
- Bezirk Nordrhein-Westfahlen: Markus Vollmer
- Bezirk Lausitz/Sachsen: Günther Körner
- Bezirk Thüringen/Erzgebirge: Christoph Kühne
- Bezirk Hessen/Rheinland-Pfalz: Ulrich Knuff
- Bezirk Nordbayern: Christoph Spiekermann
- Bezirk Südbayern: Lutz Saling
- Bezirk Baden-Württemberg: Walter Krug

Die Geschäftsübergabe an die neu gewählten Funktionsträger ist während des Verbandstages am 15.05.2017 in Berlin erfolgt. Dier Berichterstattung darüber erscheint in der Ausgabe 7/2016 von „BDF aktuell“.

Ich gratuliere allen gewählten Funktionsträgern zu ihrer Wahl und wünsche ihnen viel Erfolg bei der zukünftigen berufsständischen und gewerkschaftlichen Verbandsarbeit.

Gleichzeitig bedanke ich mich bei allen ausgeschiedenen Funktionsträgern für die teils sehr langjährige Verbandsarbeit und die gute Zusammenarbeit. ■ *Ulrich Dohle*

Geschäftsstelle BDF-Bundesforst
info@bdf-bundesforst.de
www.bdf-bundesforst.de

BDF

BDF SOZIALWERK GMBH

Am Weingarten 18 · 90518 Altdorf · Tel.: 09187-4067 · Fax: 09187-4069 · info@bdfsozialwerk.de

Seit mehr als 40 Jahren Förderung der forstlichen Jugend

Egal wo Sie sich im Bundesgebiet niederlassen – wir stehen immer an Ihrer Seite

- Rahmenvertrag Privat- und Diensthaftplicht
- Rahmenvertrag Jagdhaftpflicht
- Gruppenvertrag Dienst-/ Berufsunfähigkeitsrente
- Weitere Gruppenverträge

JETZT KOSTENLOS ANRUFEN: 0800-8451090 UND EIN UNVERBINDLICHES ANGEBOT ANFORDERN!

YouTube

Berufsunfähigkeit

Wir zeigen Ihnen mit diesem Video, welche Möglichkeiten es dafür gibt.

Wir vergleichen. Sie profitieren.